JUGEND

·inform

4/2005

jugendhilfe & schule

ZWÖLFTER KINDER- UND JUGENDBERICHT

Schon gelesen?

LANDSCHAFTS VERBAND RHEINLAND LVR

Qualität für Menschen

in eigener sache

In ihren Beiträgen für den 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung treten die Mitglieder der Sachverständigenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach ein für ein integriertes Gesamtsystem von Bildung, Betreuung und Erziehung. Kernaussagen und -forderungen lauten:

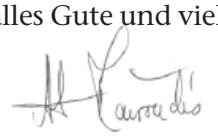
– „Bildung von Anfang an!“
– „Bildung ist mehr als Schule!“
– „Keine Institution schafft Bildung allein!“

Betrachtet man die aktuellen bildungspolitischen Schwerpunktsetzungen in NRW, wie sie in dem geplanten Ausbau von Ganztagsschulen im Primar- und Sekundarbereich zum Ausdruck kommen, so findet man Empfehlungen des 12. Kinder- und Jugendberichtes aufgegriffen wie „eine größere Selbstständigkeit der Einzelschule“, die „individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Schule verstärken“ oder „mehr vernetzte Angebote für Kinder und Eltern“ (z.B. „Eltern-Kind-Zentren“).

Gleichwohl gibt der Verantwortungszuwachs, den Schule zu erfahren scheint, aus Sicht der Jugendhilfe zu denken – fehlen doch Hinweise zu ebenso wichtigen Leitgedanken wie der „Kooperation auf Augenhöhe“ und dem im Jugendfördergesetz verankerten Zusammenspiel verschiedener Bildungsorte und Lernwelten, sozialräumlich ausgestaltet und von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe mit verantwortet. Auch der Haushaltsentwurf für 2006 – schulische Bildung wird mit zusätzlichen Mitteln gefördert, in der Kinder- und Jugendhilfe soll gespart werden – vermittelt nicht das Bild gleichwertiger Bildungspartner.

Zu hoffen bleibt, dass die laufenden Konsultationen zwischen den Ministerien und mit den Verbänden diese Bedenken aufheben werden.

Mit Blick auf das begonnene Neue Jahr wünsche ich allen Leserinnen und Lesern alles Gute und viel Erfolg.



INHALT

Schwerpunkt

Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule – 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung 3

Schlaglicht

Systemisches Arbeiten in der Schule: erfolgversprechend und wirksam 10

Das Projekt

Verzahnung von Jugendhilfe und Schule: Erfahrungen eines LVR-Modellprojekts 13

proko: Kooperation zwischen Hilfen zur Erziehung und Schulen für Erziehungshilfe 16

Politik und Partizipation in Ganztagsschulen 17

NRW

Haushaltsplanungen NRW ...
... im Bereich Kinder- und Jugendhilfe 18
... im Bereich Schule 19

Ganztagshauptschulen: Ausbau beginnt 20

Novellierung Schulgesetz: erste Eckpunkte 21

Übergangsmanagement Schule – Beruf 21

Offene Ganztagsgrundschule: Infos & mehr 22

BUND

Koalitionsvertrag der Bundesregierung zu „Bildung“ und „Jugend“ 23

Jugendstudie: „Rechte Szene im Osten out“ 26

Kompetenzagenturen: Vorfahrt für benachteiligte Jugendliche 27

Pilotprojekt *Neue Wege für Jungs*: Berufs- und Lebensplanung mit Schülern 28

EU

Die Vensterschoulen in Holland: Eindrücke anlässlich eines Besuchs holländischer Fachkräfte in Köln 30

Europäischer Pakt für die Jugend 32

EU definiert Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen 34

LVR/Landesjugendamt

Tagung zu „Kind & Sprache“ ... und mehr 35

Jugendhilfe *Report* 4/05: „Kinder unter drei Jahren – Mythos oder Auftrag?“ 37

Impressum 37

SCHWERPUNKT

Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule

Ergebnisse und Empfehlungen des 12. Kinder- und Jugendberichtes der Bundesregierung

Entsprechend dem gesetzlichen Auftrag (§ 84 SGB VIII) muss die Bundesregierung in jeder Legislaturperiode dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat einen Bericht über die Lage junger Menschen sowie über die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe vorlegen. Unter dem Titel „Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule“ widmet sich der am 25.08.2005 veröffentlichte 12. Kinder- und Jugendbricht der Frage nach den Bildungs- und Lernprozessen von Kindern und Jugendlichen in unterschiedlichen sozialen und institutionellen Settings, ihren Wirkungen sowie den Möglichkeiten ihrer Unterstützung und Förderung. Dabei hat es sich die Sachverständigenkommission, die den Bericht erstellt hat (siehe Seite 9), auch zur Aufgabe gemacht, Empfehlungen für ein integriertes Gesamtsystem von Bildung, Betreuung und Erziehung zu entwickeln.

Hier dokumentiert sind eine Zusammenfassung des Berichtes sowie Empfehlungen der Sachverständigenkommission. (alma)

12. Kinder- und Jugendbericht: Zusammenfassung

Zusammengestellt von Dr. Jürgen Barthelmes
Arbeitsgruppe 12. Kinder- und Jugendbericht

Einleitung: Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule

Bildung und Lernen finden überall statt. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Welt auf, die sich rasch wandelt. Die Heranwachsenden benötigen nicht nur Schulbildung, sie brauchen eine umfassende Bildung mit vielfältigen Kompetenzen.

Das Ziel von Bildung ist, ein sinnvolles Leben aufzubauen und die Existenz zu sichern.

Bildung heißt grundsätzlich: stetige Veränderung der Person, und dies im Hinblick auf Wissen, Können, Verhalten.

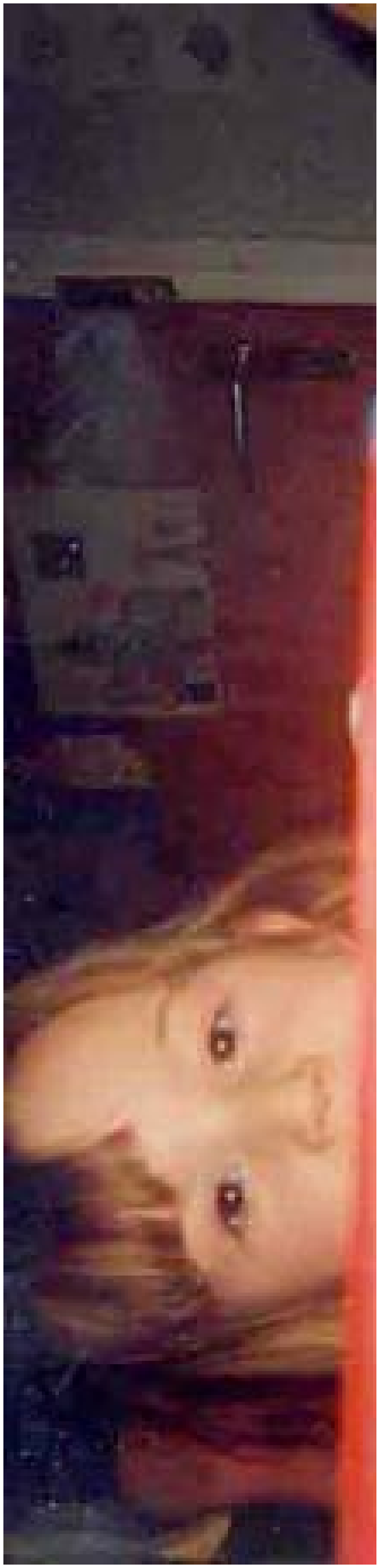
Betreuung versteht sich als Sorge, Hilfe, Unterstützung („care“). Erziehung entwickelt aufgrund von Werten und Orientierungsmustern die Fähigkeit, selbstständig entscheiden und handeln zu können.

Wo wird Bildung erworben? In der Familie, in der Nachbarschaft, im Kindergarten, in der Schule, in der Jugendhilfe, in den Gleichaltrigen-Gruppen, in der Freizeit, in den Medien – überall da, wo etwas gelernt oder erfahren wird.

Die Welten der Bildung und des Lernens haben sich erweitert: Schule ist nicht mehr allein für Bildung zuständig, Familie nicht mehr allein für Betreuung und Erziehung.

Was brauchen Kinder? Kinder brauchen „Bildung von Anfang an“. Die Bedeutung der Bildung ist für die Kindertagesbetreuung bislang unterschätzt worden.

„Bildung ist mehr als Schule.“ – Bildung ist nicht an feste Orte gebunden. Lernen und Bildung können praktisch überall stattfinden, insbesondere vor und neben der Schule.



„Schule ist mehr als Bildung". – Schule muss mehr an Betreuung und Erziehung leisten. Kindergärten und Krippen müssen sich stärker um Bildung kümmern.

Die veränderten Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen verlangen kein Nacheinander, sondern ein gleichzeitiges Nebeneinander von Bildung, Betreuung und Erziehung. Nur so werden Heranwachsende befähigt, vielfältige und notwendige Aufgaben gleichzeitig zu bewältigen.

Bildung kann von einer Institution allein nicht vermittelt werden. Bildung kann nur gemeinsam von allen Institutionen sowie Anbietern eingelöst werden:
– Familie und Kindertagesbetreuung,
– Schule und Jugendhilfe,
– Schule und außerschulische Anbieter (wie Nachhilfe, Sprachkurse, Musikschulen).

Die Lebensform Familie hat an Boden verloren:
– Die Geburtenzahlen gehen zurück;
– Familie ist für junge Menschen nicht mehr selbstverständlich;
– das Zusammenspiel von Beruf und Familie ist nicht uneingeschränkt machbar;
– Eltern fühlen sich allein gelassen, es fehlen Betreuungsmöglichkeiten.

In Erziehungsfragen herrscht trotz unzähliger Ratgeber und Super-Nannys Verunsicherung. Das Modell der herkömmlich organisierten Familie (Mutter sorgt im Haushalt, Vater ist berufstätig und Alleinernährer) ist brüchig geworden, und damit ebenso das Konzept der Halbtagsschule, die Kinder nachmittags in elternlose Wohnungen entlässt.

Um die deutsche Schule steht es nicht besonders gut. Die Zahl derer, die die Schule erfolgreich absolvieren ist zu gering. Die Schulleistung ist immer noch abhängig von der sozialen Herkunft.

Ist die Ganztagsschule nicht die beste Antwort auf die Halbtagsschule mit ihren Defiziten? Stellt die Ganztagsschule nicht auch die stillschweigende Annahme in Frage, dass Familie zeitlich belastbar, umfassend verlässlich und alltagskompetent sei?

Es wurde schon viel getan:
– der Kindergartenrechtsanspruch,
– das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG),
– das Ganztagsschulprogramm.

Dies alles stellt für die Heranwachsenden bis zum 14. Lebensjahr ein durchgehendes Angebot an Bildung, Betreuung und Erziehung bereit. Dennoch hat Deutschland Nachholbedarf in Sachen Bildung, Betreuung und Erziehung.

Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht hat dazu eine Vielzahl an Empfehlungen formuliert.

Kapitel 1: Rahmenbedingungen des Aufwachsens

„Nicht alle Kinder und Jugendlichen haben gleiche Zugänge"

Familie, Gesellschaft und Alltagsleben haben sich verändert:
– In der Familie von heute wachsen mehr Kinder ohne Geschwister auf als früher.
– Mehr Kinder leben mit nur einem Elternteil zusammen.
– Veränderte Arbeitsverhältnisse verringern die gemeinsamen Familienzeiten.
– Eine Fülle von Angeboten in der Freizeit (Vereine, Verbände, Kinder- und Jugendhilfe, Jugendkulturen, gewerbliche Anbieter) trennen zunehmend die gemeinsamen Lebenswelten von Kindern und Erwachsenen in und um Familie.
– Die Gesellschaft im Ganzen ist eine Gesellschaft der Dienstleitung und des Wissens geworden.

Die Medien haben einen zentralen Stellenwert im Alltagsleben der Kinder und Jugendlichen eingenommen, insbesondere auch für die Aneignung und Erfahrung von Welt. Mannigfaltige Bildungsangebote dringen in die Freizeitwelt der Heranwachsenden ein (Internet, Erlebnisparks, „Kinder-Unis"). Die Grenzen altersspezifischer Erfahrungen haben sich verwischt. Kinder und Jugendliche werden durch Schülerjobs mit dem Arbeitsmarkt vertraut. Kindern und Jugendlichen stehen heute vielfältige Optionen offen. Die Gelegenheiten vielfältigen Lernens haben stark zugenommen, aber auch die Notwendigkeit, entsprechende Kompetenzen zu erwerben.

In einer Welt, die durch Globalisierung und Internationalisierung geprägt ist, kann nicht mehr nur eine Institution die Vielfalt von Wissen und Können vermitteln. Einen solchen Anspruch lösen Familie und Schule nicht mehr ein.

Nicht alle Kinder und Jugendlichen verfügen über die gleichen Zugänge und Möglichkeiten für Bildung. Nicht alle haben die gleichen Chancen, ihr Leben und ihre Zukunft auf Erfolg hin zu planen und umzusetzen. Teilnahme und Teilhabe an Bildung und Lernen unterscheiden sich, denn soziale und ethnische Herkunft sowie Geschlecht und Region entscheiden nach wie vor über schulisches Weiterkommen und Bildungskarrieren.

Bildung, Betreuung und Erziehung haben insgesamt gesellschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung erlangt:
– Jeder 12. Arbeitsplatz in Deutschland bzw. jeder 8. Arbeitsplatz von Frauen ist durch einen Sozial- und Erziehungsberuf besetzt.
– Die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen und Jugendarbeit betragen mittlerweile jährlich etwa 11 Mrd. Euro. Dies erscheint viel, ist aber gerade ein Viertel der öffentlichen Bildungsausgaben für das allgemein bildende Schulwesen in Deutschland (2001: insgesamt 46,4 Mrd. Euro). Eine Schülerin/ein Schüler kostet im Jahr ca. 4.800 Euro.

Kapitel 2: Bildung – ein konzeptioneller Rahmen

„Bildung kann immer und überall stattfinden, aber nicht alles ist Bildung"

Was ist Bildung? Bildung ist ein Prozess, bei dem eine Person sich mit ihrer Umwelt sowie mit sich selbst auseinandersetzt. Bildung befähigt die Menschen, sich Wissen und Können anzueignen. Bildung ermuntert auch, sich Zumutungen und Ansprüchen der Gesellschaft zu stellen und zu widersetzen, die individueller Entfaltung entgegenstehen. Bildung sichert den Fortbestand der Gesellschaft, entwickelt das kulturelle Erbe weiter, gewährleistet die gesellschaftliche Ordnung, stellt soziale Integration her und bietet (Lebens-)Sinn. Bildung ist (demnach) mehr als Schule.

Bildung als Aneignung von Welt bezieht sich auf vier Bereiche:
– die kulturelle Welt („kulturelles Erbe", kulturelle Produktion),
– die materiell-dingliche Welt (äußere Welt der Natur und gesellschaftliche Produktion),
– die soziale Welt (soziale Ordnung der Gesellschaft),

– die subjektive Welt (eigene Person, „Innenwelt“, „Körperwelten“).

Mit diesen Weltbezügen ist der jeweilige Erwerb von kulturellen, instrumentellen, sozialen und personalen Kompetenzen verbunden.

Bildungsorte und Lernwelten. – Kinder und Jugendliche nutzen im Alltag eine Menge an Orten, um zu lernen oder für Bildung wichtige Erfahrungen zu machen. Bildung findet an Bildungsorten und in Lernwelten statt.

Nicht alles ist jedoch Bildung, und nicht jeder Ort ist ein Bildungsort.

Bildungsorte (Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Kitas, Jugendarbeit):
– haben einen ausdrücklichen Bildungsauftrag,
– sind lokalisierbar,
– bieten zu bestimmten Zeiten Angebote an.

Lernwelten:
– haben keinen Bildungsauftrag,
– sind zufällig zustande gekommen,
– zeit-räumlich nicht eingegrenzt,
– an keinen geografischen Ort gebunden,
– weniger organisiert bzw. standardisiert,
– lassen Bildungsprozesse eher nebenher entstehen.

Familien, Gleichaltrigen-Gruppen, Medienwelten, kommerzielle Freizeitangebote, Auslandsreisen, Schülerjobs haben den Charakter von Lernwelten. Die Schule als Bildungsort enthält auch Lernwelten, beispielsweise die Gleichaltrigen-Gruppen.

Bildungsprozesse können mehr oder weniger formalisiert sein, aber auch informell. Merkmale des Formalen: Unterricht, Regeln, Pläne, Kontrolle, Prüfung, Zertifizierung, Lernfortschritt. – Schulunterricht, bezahlte Nachhilfe, ein Theaterprojekt in der Jugendkunstschule stehen für formale Bildungsprozesse.

Merkmale informeller Bildungsprozesse: eher zufällig, beiläufig, passieren nebenher, vermitteln vor allem soziale und personale Kompetenzen. – Die Aktivitäten in der Clique oder im Jugendzentrum, Gespräche im Familienalltag, die Schulfreundschaften oder der Museumsbesuch mit Familie, der Umgang mit Medien, das Training im Fitnessstudio oder die Mitmachgruppe im Kinderkino enthalten informelle Bildungsprozesse.

Mit zunehmendem Alter erweitern sich die Zugänge zu Bildung und Lernen. Gehen - Sprechen - Lesen: das sind die drei wichtigen Schritte, damit Kinder immer mehr Möglichkeiten der Bildung wahrnehmen und selbstständig nutzen können.

Bildungsprozesse gelingen oder gelingen nicht. Die Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen hängt stark von den sozialen Bedingungen ab. Dabei spielen ungleiche Zugangschancen zu Bildungsorten und Lernwelten eine Rolle – vorgängig erfolgte Bildungsprozesse verstärken sich. Kinder und Jugendliche kommen nur schwer aus einer Schleife misslingender Bildungsbiografie heraus.

SCHWERPUNKT

Bildung ist ein Dienstleistungsprodukt und wird vom Staat sowie von den freien Trägern und privaten Anbietern hergestellt.

Bildung ist ein Konsumgut, das von Heranwachsenden in die Zukunft investiert wird. Bei knappen Ressourcen wird/muss Bildung möglichst sparsam produziert werden.

Kapitel 3: Die ersten Jahre – Bildung vor der Schule

„Bildung von Anfang an: Bindung, Beziehung und Bildung gehören zusammen“

Entwicklung und Bildung sind eng miteinander verbunden. Entwicklung entstammt dem Zusammenspiel genetischer Ausstattung und sozialer Erfahrung. Was stellen Eltern oder andere Bezugspersonen den Kindern bereit? Welche Zugänge eröffnen sie ihnen bzw. können sie ihnen aufgrund der ökonomischen Verhältnisse eröffnen? Wohin schicken sie die Kinder, wohin begleiten sie diese (in den Sportverein, ins Schwimmbad, ins Kino, ins Museum, in die Bücherei, ins Konzert, auf Reisen …)? Was lesen sie ihnen vor? Auf was machen sie die Kinder insgesamt aufmerksam und neugierig? Sehen sie mit ihnen gemeinsam fern?

Bildung wächst durch Bindung. – Das Kleinkind braucht verlässliche Beziehungen zu beschützenden Bezugspersonen. Jedes Kind bringt aber auch immer seine individuellen Besonderheiten ein (u.a. Temperament, Verhaltensstile), entwickelt seine Vorlieben und drückt diese aus. Neben Bindung ist die Selbstregulation unabdingbar.

Bildung setzt früh an. – Bildung wächst durch vielfältige Anregungen. Ab dem 2. Lebensjahr, spätestens jedoch ab dem 3. Lebensjahr, brauchen Kinder außerhalb der Familie Gelegenheiten zur Bildung. Die Anregungen von außen erweitern dann den Bildungshorizont der Kinder beträchtlich, ergänzen die bisherigen Erfahrungen in der Familie.

Der Bildungshintergrund der Eltern und die Lebensbedingungen der Familie entscheiden letztendlich, welche Chancen, Zugänge und Gelegenheiten für Bildung Kinder

insgesamt haben. Eltern und andere Bezugspersonen können jedoch nur das weitergeben und nur dazu anregen, was sie selbst wissen, kennen und können.

Die Familie als Basislager. – Die Familie legt bei den Kindern die Bereitschaft und Fähigkeit zu lebenslangem Lernen an. Sie ist selbst ein (Bildungs-)Ort mannigfaltiger Lernwelten (Bildungswelt).

Stabile Beziehungen zu den Bezugspersonen sowie eine anregungsreiche Umwelt sind notwendige Voraussetzungen für gelingende Bildungsprozesse der Kinder. Eltern und Gesellschaft haben für die Bildung der Kinder eine gemeinsame Verantwortung. Die Qualität der Bildungswelt Familie und die Qualität der Bildungsorte, Tagespflege (z.B. Tagesmütter) sowie Kindertageseinrichtungen müssen stetig verbessert, bildungsrelevante Erfahrungsräume und Lernwelten immer wieder von neuem zur Verfügung gestellt werden.

Kindheit ist keine Vorbereitungszeit für Schule. – Kindheit ist vor allem eine Zeit vielfältiger Möglichkeiten an Bildung. Die Entwicklungs- und Bildungsprozesse verlaufen bei Kindern jeweils unterschiedlich. Chancengleichheit verlangt die individuelle Förderung der Kinder. Dies ist die Aufgabe von Einrichtungen der Kinderbetreuung. Sie müssen größtmögliche Qualität bieten. Die Ausbildung des pädagogischen Personals ist somit zu verbessern. Erzieherinnen und Erzieher brauchen entsprechende Möglichkeiten, sich ständig weiterbilden zu können, um Kinder optimal zu fördern sowie auf Verzögerungen und Störungen bei Kindern rechtzeitig und effektiv eingehen zu können.

Kapitel 4: Bildungsprozesse im Schulalter

„Das Kind wird Schülerin oder Schüler – doch Bildung ist mehr als Schule"

Die Schule kommt in das Leben der Kinder (mit 6 Jahren). Der Status und die Rolle des Kindes verändern sich: „Schülerin", „Schüler". Der Alltag in der Familie muss neu organisiert werden. Schule wird zum zentralen Bildungsort für die Heranwachsenden. Schule ist Pflichtveranstaltung und verlangt Teilnahme. Schule wird zu einem wichtigen Treffpunkt der Gleichaltrigen-Gruppen und zu einem Ort der Freundschaftsbeziehungen.

Die grundlegende Aufgabe der Schule:
- Vermittlung systematischen Wissens,
- Vermittlung grundlegender Kompetenzen in den Bereichen der mathematisch-naturwissenschaftlichen, sprachlichen, historisch-politischen sowie ästhetisch-expressiven Bildung,
- Vermittlung einer Minimalbildung bzw. Grundbildung.

Die Defizite der Schule:
- Mangel an moralischer Orientierung, sozialem und politischem Wissen,
- Mangel an personaler, ästhetischer und religiöser Bildung,
- unterschiedliche Vermittlung eines Bildungsminimum bzw. einer Grundbildung,
- zu frühe Aussortierung von Schülerinnen und Schülern (dadurch ergeben sich hohe und pädagogisch wenig sinnvolle Quoten von Sitzenbleibern).

Schulschwierigkeiten haben insbesondere:
- Kinder aus bildungsfernen Familien,
- Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund,
- Kinder aus Familien, die von Armut betroffen sind.

Schule ist in Deutschland föderal geprägt, und in der Regel eine Halbtagsschule. Eine Bildungslandschaft ohne föderalistische Struktur sowie mit einer Mehrzahl und Vielfalt an Ganztagsschulen würde für die Heranwachsenden dieser Republik andere Voraussetzungen für Bildungsprozesse schaffen.

Die Zunahme der Bildungsorte und Lernwelten. – Mit zunehmendem Alter machen die Heranwachsenden mehr Gebrauch von Bildungsorten und Lernwelten. Die Bildung neben der Schule gewinnt bei Kindern und Jugendlichen an Boden. Dieser außerschulische Bereich wurde in der bildungspolitischen Diskussion sowie in der Forschung bisher vernachlässigt, der Fokus richtete sich auf die schulische Bildung.

Schule ist vor allem pädagogisch simulierte Erfahrung. – Schule öffnet sich immer noch zu wenig gegenüber den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen. Die Alltagswelt der Heranwachsenden, die Medienwelten sowie die Arbeitswelt bleiben draußen vor der Tür.

Schule vermittelt den Kindern und Jugendlichen relativ wenig an Ernsthaftigkeit sowie an Lebenserfahrungen. Knapp die Hälfte der Schülerinnen und Schüler nehmen deshalb Gelegenheiten des Lernens an außerschulischen Bildungsorten wahr:

Nachhilfe, Sprachkurse oder Musikschulen ergänzen die schulischen Leistungen bzw. gleichen sie aus („Nebenschulen").

Die Bildungsangebote der Jugendarbeit sowie von Vereinen, Verbänden und kulturellen Einrichtungen fördern soziale und personale Kompetenzen.

Ein Drittel der 15-Jährigen übt regelmäßig Schülerjobs aus. Die Jugendlichen möchten Ernsthaftigkeit erleben, Erfahrungen im Umgang mit Verantwortung und Geld sammeln.

In den Gleichaltrigen-Gruppen schicken die Heranwachsenden ihre Persönlichkeit in die Arena der Auseinandersetzung. Sprache, Kommunikation und Gefühle werden hier getestet und weiterentwickelt.

Im Umgang mit den Medien-Welten erwerben Kinder und Jugendliche vor allem technisches Know-how, kulturelles Wissen sowie Orientierung für das eigene Leben und die eigene Persönlichkeit.

Die Familie (als „Türöffner") bleibt nach wie vor das Basislager für die

Bildung. Familie und Gleichaltrigen-Gruppen sind Resonanzboden für die gemachten Erfahrungen an Bildung.

Der Mangel an schulischer Bildung bewirkt mangelhafte Zugänge zu außerschulischen Bildungsangeboten. Schülerinnen und Schüler mit Schulschwierigkeiten nehmen auch die außerschulischen Bildungsangebote weit weniger wahr, als diejenigen, die mit Schule verhältnismäßig klar kommen.

Kapitel 5: Bildungsangebote und Bildungsleistungen im frühen Kindesalter

„Schon ab zwei in den Kindergarten – Kinder brauchen nicht nur Windeln"

Bindung und Anregung entscheiden über Bildung. – Die Familie ist für die Kinder die erste Bildungswelt, ferner ist sie meist von Dauer. Armut, mangelnde Kommunikation und Isolation schmälern jedoch die Möglichkeit und Qualität von Bildung. Vorhandene Netzwerke und Systeme der Unterstützung können aber selbst in Familien mit schwierigen Lebenslagen die Voraussetzungen für Bildung verbessern.

Spielerische Aneignung der Welt durch Bildung. – Ab dem 2. Lebensjahr haben Kinder ein starkes Bedürfnis nach Kontakt zu Gleichaltrigen, und nach Erfahrungen außerhalb der Familie. Kinder sind nicht nur in der Familie gut aufgehoben. Kinder sollen bereits im Alter von 2 Jahren den Kindergarten besuchen, in dem fünf Stunden für Bildung, Betreuung und Erziehung zur Verfügung stehen, aber nicht im Sinne von Verschulung.

Die Eltern fördern die Bildung ihrer Kinder, wenn sie Zugänge zu vielfältigen Lernwelten außerhalb der Familie schaffen. Ferner regen betreuende Personen (wie Eltern, Großeltern, Geschwister, Nachbarn, bezahlte Helfer) grundsätzlich Prozesse der Bildung von Kindern an.

Leistungen der Familien, Leistungen für die Familien. – Familien heute brauchen umfassende Unterstützung, um sich auf das „Abenteuer Kind" einzulassen. Neben Leistungen der Familien sind auch Leistungen für die Familien notwendig, um Beteiligung an und Erfolge von Bildung zu gewährleisten. Eine solche Unterstützung umfasst monetäre Leistungen (Erziehungsgeld u.a.), Angebote der Eltern- und Familienbildung. Dabei ist die Erziehungskompetenz und Selbsthilfe zu stärken sowie die soziale Isolation von Familien aufzuheben. Demnach ist die Ausweitung des Angebots der Familienbildung sowie eine engere Verknüpfung zwischen Familienbildung, Kindertageseinrichtungen und Eigeninitiativen von Eltern anzustreben.

Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege (z.B. Tagesmütter) sind die beiden Orte, an denen Bildung, Betreuung und Erziehung außerhalb der Familie in öffentlicher Verantwortung stattfinden. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist in seiner einfachen Form als Halbtagsplatz in allen Bundesländern umgesetzt. Für die Drei- bis Sechsjährigen fehlen jedoch nach wie vor (regional unterschiedlich) ganztägige Angebote.

Bis 2008 sollen in diesen Rechtsanspruch alle Zweijährigen einbezogen werden. Dafür sind auf einem hohen Niveau der Versorgung zusätzlich 2,7 Milliarden Euro pro Jahr notwendig. Von 2010 soll der Rechtsanspruch bereits ab Geburt eines Kindes gelten. Ferner soll die Einschulung früher

SCHWERPUNKT

stattfinden und das Alter der Schulanfänger auf 6,0 Jahre gesenkt werden. Das Lernpotenzial von Kindern wurde bislang unterschätzt.

Die Zugangschancen zu einer institutionellen Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern im vorschulischen Alter sind unterschiedlich: Region, Alter der Kinder, Familiensituation (erwerbstätig, allein erziehend), Bildung der Eltern sowie Erfahrung der Migration wirken sich entscheidend auf die Teilnahme und den Besuch von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung aus.

Forderungen/Empfehlungen. – Die positiven Effekte der frühen Förderung und eingeleiteten Prozesse der Bildung sollen Früchte tragen:

- Die pädagogische Qualität in Tagespflege und Tageseinrichtungen muss auf allen Ebenen verbessert werden.
- Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern muss sich ändern.
- Das Leitungspersonal von Kindergärten soll auf Hochschulniveau ausgebildet werden.
- Das Lehrpersonal an Schulen soll stärker auf Betreuung und Erziehung vorbereitet werden.
- Die Übergänge zwischen den Bildungsorten und Lernwelten haben die Erwachsenen aufmerksam zu begleiten.

Kapitel 6: Bildungsangebote im Schulalter

„Die Guten in der Schule sind die Aktiven in der Freizeit"

Mit zunehmendem Schulalter eröffnen sich für Kinder und Jugendliche eine Vielzahl und Vielfalt an Bildungsorten und Lernwelten. Nicht alle Kinder und Jugendlichen nutzen diese Chancen gleichermaßen bzw. können sie nutzen.

Schule als formaler Bildungsort vermittelt Bildung für alle Kinder und Jugendlichen. Das Prinzip der Chancengleichheit ist aber noch längst nicht verwirklicht. Benachteiligte Herkunft lässt oft auf eine geschmälerte Bildungslaufbahn schließen.

Der Hort stellt ein erweitertes Bildungsangebot bereit. Er kompensiert schulische Defizite, er begünstigt das soziale Lernen, er fördert die Eigenaktivitäten der Kinder.

Die schulbezogene Jugendsozialarbeit stellt kompensatorische Leistungen für schulpflichtige Kinder und Jugendliche zur Verfügung, bietet Unterstützung bei Lern- und Schulschwierigkeiten, stärkt den erfolgreichen Übergang von Schule in Ausbildung und Arbeit.

Die Jugendarbeit hat eine gesetzlich verankerte Bildungsaufgabe. Sie geht auf die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen ein, bezieht sich auf den Sozialraum, fördert vor allem die Selbstorganisation der Heranwachsenden.

Andere Lernorte und Lernwelten wie Fitnessstudios, Schülerjobs, Reisen, Auslandsaufenthalte bekommen mit zunehmenden Schulalter für die Jugendlichen Gewicht, wurden aber bislang von Forschung und Praxis als Prozesse der Bildung unterschätzt und als Forschungsgegenstand vernachlässigt.

Zusammenhang zwischen schulischen und außerschulischen Aktivitäten. – Diejenigen, die in der Schule gut sind, nehmen auch in der Freizeit viele Aktivitäten wahr. Diejenigen aber, die in der Schule Schwierigkeiten haben, verhalten sich in der Freizeit eher passiv und nehmen weniger (wenn überhaupt) außerschulische Bildungsangebote wahr.

Ein Zusammenspiel der vielfältigen und unterschiedlichen Bildungsorte und Lernwelten ist ein notwendiges Ziel. Ganztagsschulen und Schulen mit ganztägigen Angeboten können ein solches Zusammenspiel umsetzen. Der Alltag in der Schule hat insgesamt eine umfassende Reform nötig. Die notwendige Ganztagsschule darf aber keine Verlängerung der bisherigen Unterrichtsschule sein. Ganztagsschulen sowie Kinder- und Jugendhilfe können und müssen zusammenarbeiten. So kann Schule notwendige Aufgaben der Betreuung übernehmen.

Bei einem Zusammenspiel von Ganztagsschule sowie von Kinder- und Jugendhilfe können starre Strukturen überwunden, überkommene Traditionen aufgehoben und nicht mehr zeitgemäße Konzepte und Organisationsformen verändert werden.

Das „Projekt Ganztagsschule“ in Kooperation von Schule und außerschulischen Trägern ist eine Chance, um ein neues System von Bildung, Betreuung und Erziehung zu entwickeln. Dies verlangt aber auch längere Zeiten der Anwesenheit von Lehrerinnen und Lehrer sowie die Einrichtung von persönlichen Arbeitsplätzen. Die Personalkosten von Ganztagsschulen liegen 30% über denen heutiger Schulen (2001: insgesamt 46,4 Mrd. Euro). Eine bessere Bildung muss dies wert sein.

Für die Heranwachsenden muss vor Ort insgesamt eine quantitativ gut ausgebaute und qualitativ anspruchsvolle Grundversorgung an Ganztagsschulen gewährleistet sein. Dabei müssen alle Kinder und Jugendlichen, gleich welcher Herkunft und sozialen Lage, als Mitgestalter ihrer Bildungsprozesse mit einbezogen werden.

Der Übertritt an weiterführende Schulen nach der vierten Klasse ist fragwürdig. Eine Verlängerung der Grundschulzeit (bis zu 14 Jahren wie in anderen europäischen Ländern) ist anzustreben

Kapitel 7: Auf dem Weg zu einem abgestimmten System von Bildung, Betreuung und Erziehung. Quantitative und qualitative Perspektiven

„Was folgt? – Bildung für alle, Bildung durch alle”

Die Heranwachsenden sollen handlungsfähige, kompetente und sozial verantwortliche Menschen werden. Wie lässt sich dies erreichen?

Die erste und entscheidende Bildungswelt ist die Familie. Sie muss in ihren Leistungen für Bildung, Betreuung und Erziehung unterstützt werden.

Bei der Entwicklung von Konzepten zu Bildung, Betreuung und Erziehung müssen der Lebenslauf und die Bildungsbiografien von Kindern und Jugendlichen Ausgangspunkt sein, und nicht die Erfordernisse und Interessen der einzelnen Institutionen. Auch die praktische Arbeit soll Bildung, Betreuung und Erziehung stärker miteinander verknüpfen.

Für die öffentliche Debatte ist ein erweitertes Bildungsverständnis notwendig: Kinder und Jugendliche lernen und erfahren Bildung durch eine Vielzahl mannigfaltiger Orte, an denen unterschiedliche Gelegenheiten und Inhalte für Bildung dargeboten werden: von der Schule bis zum Kinderkino, vom Nachhilfeunterricht bis zum Aufenthalt im Ausland.

„Bildung für alle, Bildung durch alle“ – dafür haben Staat und Gesellschaft eine gemeinsame öffentliche Verantwortung. Eine benachteiligte Herkunft darf nicht länger eine benachteiligte Bildungslaufbahn nach sich ziehen. Ungleiche Ausgangsbedingungen sind auszugleichen. Das Ziel muss sein, die jungen Generationen zu befähigen, am gesellschaftlichen Geschehen möglichst eigenständig teilzunehmen und verantwortlich mitzuwirken.

Die öffentlichen und privaten Anbieter an Bildung, Betreuung und Erziehung müssen sich auf ein Zusammenspiel einlassen. Dabei sind die Eltern als kompetente Partner sowie die jungen Menschen als Mitgestaltende und Mitverantwortliche mit einzubeziehen. Hierzu bedarf es jedoch der Anstrengung aller politischen Kräfte.

SCHWERPUNKT

12. Kinder- und Jugendbericht Empfehlungen der Sachverständigenkommission

Die Mitglieder der Sachverständigenkommission: Ilsa Diller-Murschall, Prof. Dr. Heinz-Hermann Krüger, Martina Liebe, Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (Vorsitzender), Dagmar Szabados, Prof. Dr. Wolfgang Tietze, Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Wolfgang Mack (ständiger Gast)

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Dr. Jürgen Barthelmes, Kirsten Bruhns, Dr. Brigitte Seifert, Anne Zehnbauer, Anne Eisfeld (Sachbearbeitung)

„Bildung von Anfang an!" – Empfehlungen für die frühe Kindheit

Die Möglichkeiten der Familien zu Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder im ersten Lebensjahr müssen öffentlich unterstützt werden. Ziele sind die Vermeidung von unzumutbaren Einbrüchen im Haushaltsnettoeinkommen, die Stärkung der Erziehungskompetenz von Familien sowie die Unterstützung der Netzwerke zur Elternbildung.

Der Rechtsanspruch auf eine öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung sollte auf Kinder unter drei Jahren erweitert werden. Kinder ab zwei Jahren sollen in den Kindergarten gehen. Sie brauchen Bildung, Betreuung und Erziehung in Gruppen. Der Rechtsanspruch ist auf Ganztagsplätze auszuweiten. Alle Kinder haben dabei Anspruch auf individuelle Förderung in allen Bildungsbereichen. Die soziale Herkunft und Lebenslage darf für den Zugang zu Bildung keine Rolle mehr spielen, weder für Kinder mit Migrationshintergrund noch für Kinder aus bildungsfernen Familien.

Die Qualität der öffentlich verantworteten Kindertagesbetreuung ist zu sichern. Das durchschnittliche Schuleintrittsalter von gegenwärtig über 6,5 Jahren ist auf 6,0 Jahre abzusenken. Öffentlich verantwortete Kindertagesbetreuung muss kostenfrei werden. Beiträge der Eltern sind mit Blick auf den Bildungsauftrag der Kinderbetreuung abzulehnen.

„Bildung ist mehr als Schule!" - Empfehlungen für das Schulalter

Schule muss grundlegend verändert werden. Das Zusammenspiel zwischen Schule und anderen Bildungsorten bzw. Lernwelten ist unabdingbare Voraussetzung. Der umfassende gesellschaftliche Anspruch auf Bildung erfordert ganztägige Angebote für Kinder und Jugendliche im Schulalter.

Ziele sind ein flächendeckendes Angebot sowie eine grundlegende pädagogische Reform der Schule. Anstelle von Klassenwiederholungen und schulischer Selektion ist die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Schule zu verstärken und auszubauen. Zu überdenken ist ferner, ob der grundständige gemeinsame Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern nicht verlängert werden sollte (bis 14 Jahren).

Sowohl auf Seiten der Schule als auch der Jugendhilfe sind organisatorische und strukturelle Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zu schaffen. Jugendhilfe soll ihre auf die Lebenswelt bezogenen Leistungen unabhängig von Schule in ihrem Eigensinn erhalten und ausbauen. Die professionellen Dienstleistungen, Beratungs- und Unterstützungsangebote der Jugendhilfe sind stärker auf das System ganztägiger Bildung, Betreuung und Erziehung zu beziehen. Die Entwicklung des Ganztagsschule-Konzepts erfordert eine größere Selbständigkeit der Einzelschule und eine stärkere Vernetzung im Sozialraum.

„Keine Institution schafft Bildung allein!" – Empfehlungen für 0 bis 16 Jahre

Die unterschiedlichen Welten des Lebens und Lernens müssen stärker verzahnt werden: Mehr vernetzte Angebote für Kinder und Eltern, d.h. „Häuser für Kinder", „Häuser für Familien", „Eltern-Kind-Zentren" u.a., ferner eine wechselseitige Anbindung von Kindergarten und Schule sowie aufeinander abgestimmte schulische und nichtschulische Angebote.

Die unterschiedlichen Bildungsorte und Lernwelten sind miteinander zu verknüpfen, denn erst alle zusammen können alles an Bildung, Betreuung und Erziehung bieten. Das Zusammenspiel ist sozialräumlich auszugestalten und in kommunaler Verantwortung zu organisieren. Ziel ist der Aufbau einer kommunalen Bildungslandschaft insgesamt.

Quelle und Erstveröffentlichung: DJI-Online – Thema 1/06 Kinder- und Jugendbericht, Stand: 1. Januar 2006.

Kontakt: Deutsches Jugendinstitut e.V., Frau Andrea Marcion, Telefon 089/ 62306-218, E-Mail: macion@dji.de, Frau Susanne John, E-Mail: john@dji.de, Nockherstr. 2, 81541 München.

Weitere Materialien sowie den 12. Kinder- und Jugendbericht als Download unter: www.dji.de

SCHLAG LICHT

Systemisch Lehren & Lernen

„Wenn man das Gestrüpp beseitigt, kann der Bach wieder fließen"

Systemisches Arbeiten in der Schule – erfolgversprechend und wirksam

von Christa Hubrig

Lehrer und andere Erzieher haben es häufig mit Schülern/innen zu tun, die sich nicht an die schulischen Regeln halten und erzieherisch schwer beeinflussbar sind. Sie leben meist in schwierigen familiären Verhältnissen, wie dies das folgende *Fallbeispiel* veranschaulicht.

Muss der Junge ins Internat?

Sven, ein Schüler der 5. Klasse im Gymnasium, verhält sich schon in den ersten Wochen sehr auffällig, aggressiv und den Unterricht störend, seine Leistungen sind gut. Er befindet sich seit einem Jahr in Einzeltherapie, die - nach Aussage der Mutter - Fortschritte erbrachte, jedoch noch keinen Niederschlag im Grundschulgutachten gefunden hatte. Der familiäre Hintergrund ist eine recht dramatisch verlaufene Trennungsgeschichte der Eltern mit Gewalt, manchmal vor den Augen des Kindes. Die Eltern – beide befinden sich in einer schwierigen beruflichen Situation – leben aus wirtschaftlichen Gründen noch in der großen gemeinsamen Eigentumswohnung, die sie allerdings durch eine Wand aufgeteilt haben. Der Junge wohnt bei der Mutter, die von Beruf Erzieherin ist. Sie sucht und findet bei verschiedenen Beratungsstellen Erziehungshilfe und eine Paartherapie zur Verbesserung des Trennungsprozesses, sie hat für sich und Sven eine Wohnung gefunden.

In die Schule wird die Mutter von der Unterstufenleiterin, der Schulleiterin und dem Klassenlehrer mehrfach eingeladen, welche zu einer Internatsunterbringung raten, da die Mutter keinen erzieherischen Einfluss habe. Der erfahrene und sonst sehr freundliche Klassenlehrer meint pessimistisch und ironisch, dass sich das Problem, wie er hoffe, bald von selbst regeln werde, indem der Junge abgehe, so dass ich mich (C. H.) erst gar nicht mehr bemühen müsste. Die Mutter laufe aufgeregt von Beratungsstelle zu Beratungsstelle, sie nehme seine Ratschläge aber nicht ernst genug. Die Verhältnisse zu Hause seien katastrophal, der Vater nicht zu erreichen usf.

Der Junge zeigt sich beim ersten Gespräch mit mir als ein kontaktfreudiges, redegewandtes Kind, die Mutter als offen, strukturiert und aktiv um Lösungen bemüht. Der Vater sei verhindert, er wolle das nächste Mal mitkommen.

Das Beispiel verdeutlicht, dass sich um das auffällige Kind ein negatives Interaktionsgeschehen mit untergründigen Abwertungen gebildet hat. Sogar die Lösungsversuche der Mutter werden eher negativ bewertet. Auch gute Lehrer mit langer Erfahrung und grundsätzlich positiver Einstellung zu den Schülern reagieren manchmal in der geschilderten Weise, wenn sie es mit „schwierigen" Kindern zu tun haben. Warum geschieht das?

Schwierige Schüler sind der stärkste Belastungsfaktor für Lehrerinnen und Lehrer, die große Klassen unterrichten und die Lernziele für alle erreichen müssen. Fällt da einer - oder gar mehrere - durch sein Verhalten aus der Reihe, stört den Unterricht, prügelt sich im Sportunterricht und in den Pausen, macht seine Hausaufgaben nicht, hat seine Hefte nicht mit, bemüht man sich als Lehrer mit Ermahnungen, „Laufzetteln" für die Hausaufgaben und Gesprächen mit den Eltern, um das Kind zum Einhalten der Regeln zu bewegen. Führt das nicht (bald) zum Erfolg, ist man mit seinem erzieherischen Latein am Ende,

reagiert mit Unverständnis und Schuldzuweisung, immer mehr negative Gefühle stellen sich ein: Die Eltern haben versagt, andere Maßnahmen müssen getroffen werden, es muss etwas geschehen, nur was?

Was kann man da als Involvierter oder als außenstehender Berater tun? Mit „erziehungsschwierigen“ Schülern und ihren auffallenden Verhaltensweisen haben im Rahmen des Ausbaus von Ganztagsschulen nicht nur Lehrer, sondern auch andere professionelle Akteure zu tun. Mit welchen Haltungen können sie den Schwierigkeiten begegnen, welche Lösungsstrategien gibt es für sie?

Aus systemischer Sicht stellt sich zunächst die Hauptfrage für *alle* Beteiligten: Wie kann man aus der Eskalationsspirale negativer Beziehungen aussteigen oder besser: Wie kann man eine solche verhindern? Die systemische Veränderungstheorie gibt hierfür wichtige, schlüssige Orientierungen, die hier kurz skizziert werden sollen.

Ressourcen- und Lösungsorientierung

In dem Fallbeispiel ist die Aufmerksamkeit einseitig auf die Defizite des Schülers (und seiner Eltern) gerichtet: Diese müssen beseitigt werden. Wenn Ermahnungen und pädagogische Sanktionen nichts bewirken, ist man als Lehrer rat- und hilflos.

Schülerprobleme, wie unangepasstes Sozialverhalten, können sich jedoch – nach systemischer Auffassung - nur auflösen, wenn der Schüler und seine relevanten Beziehungspersonen (wieder) *Kontakt zu ihren Fähigkeiten* bekommen und wenn das Kind sich in seiner Familie wahrgenommen und sicher fühlen kann.

Systemische Arbeit setzt auf der individuellen und der sozialen Ebene an. Z. B. kann ein Schüler, der gelegentlich Wutanfälle hat, durchaus auch seine Wut kontrollieren. „Wie kriegt er das hin? Was macht wer da anders?“ sollte man sich fragen und: „Wie kann er das mehr nutzen?“

Mit dem Bild des „kleinen und des großen Kreises“, kann man das Verhältnis von Problemverhalten und der ganzen Person mit all ihren Fähigkeiten, von Individuum und sozialem System veranschaulichen. Die Lösungsressourcen liegen im „großen Kreis“, deshalb sollte man die Aufmerksamkeit darauf richten. Probleme sind nach systemischer Auffassung unlösbar, weil im Problemkontext die *vorhandenen Ressourcen ausgeblendet* sind.

Die *Aufmerksamkeit auf die Potentiale* von Schülerinnen und Schülern, von Eltern und Lehrern zu richten, diese *ins Erleben zu holen* und *für die Lösung zu nutzen* ist die Hauptaufgabe systemischer Praxis bei allen Problemen des Schulalltags. Die kann im Gespräch geschehen oder mit Methoden aus Hypnotherapie und des NLP, ein hilfreiches Instrumentarium, das - nach meiner Erfahrung - von Schülern gerne akzeptiert wird, zum einen, weil sie merken, sie können *selbst* etwas ändern, was ihrem Autonomiebedürfnis entspricht, zum andern, weil sie dabei nicht über die Probleme „labern“ müssen.

Für den Lehrer oder den Berater hat der Ressourcenfokus den Vorteil, dass im Beratungsgespräch nicht *er* sich anstrengen muss, Lösungen für andere zu finden. Was für den Andern möglich und gut ist, kann er nicht wissen. Seine einzige Aufgabe ist, immer wieder die Aufmerksamkeit des Schülers, der Eltern, der Lehrer/innen auf ihre Fähigkeiten zu lenken, dann kommt der Andere in eine positive Stimmung, er kriegt wieder Hoffnung und kann *selbst* eine passende Lösung finden.

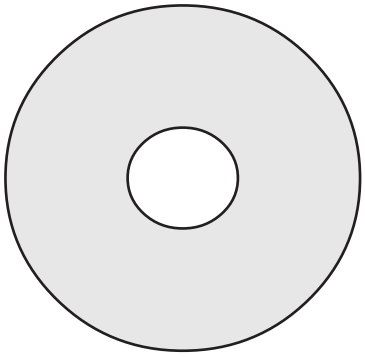


Abb. Der kleine und der große Kreis

„Wer ein Problem hat, besitzt auch eine Lösung“ ist ein systemischer Leitsatz. Man kann nicht Defizite beseitigen, man kann nur statt dessen etwas Anderes machen. Und hierfür kann man aus dem reichen Repertoire des „Großen Kreises“ schöpfen. Dies zu ermöglichen ist die Hauptaufgabe von schulischen „Helfern. Nicht wissen zu müssen, erfordert allerdings ein Umdenken von Lehrern und Erziehern, die gewohnt sind, die Rolle des Wissenden einzunehmen.

Zielorientierung: Mehr auf die Zukunft als auf die Vergangenheit schauen

Soziale Systeme und Individuen, die in einem internen oder interaktiven „Problemmuster“ gefangen sind, bewegen sich aus diesem heraus, wenn sie sich auf einen neuen „Attraktor“, d.h. auf ein erstrebenswertes Ziel in der Zukunft, hin orientieren. Dies ist der Kern der dynamischen Systemtheorie. Für die Motivation, etwas zu verändern, ist deshalb eine erlebnisnahe „Zielvision“ entscheidend, und nicht die Ursachensuche. Dabei muss

aber auch deutlich werden, dass dies Anstrengung und Arbeit bedeutet und Geduld von allen Beteiligten verlangt.

Kontextorientierung: Problem- und Lösungssystem

In der systemischen Arbeit gibt es einen weiteren wichtigen Aspekt: Das Verhalten von Einzelnen steht in Wechselwirkung mit dem Verhalten der Personen seiner relevanten Sozialsysteme (Familie, Klasse, Peergroup) und wird durch diese aufrechterhalten.

Für die Problemanalyse ist deshalb die Frage wichtig, wer gehört zum „Problemsystem“ – eher die Familie oder eher die Klasse mit den Lehrern - und wie findet man dort Kooperationspartner, z.B. einen Elternteil, einen Lehrer?

Gelingt es nur *einem* Mitglied des Problemsystems, sein Denken über das Problem und sein eigenes Verhalten zu ändern, hat das *Auswirkungen* auf das Interaktionsmuster und damit auch auf das Verhalten des Problemträgers.

In der Schule hat man häufig den einzelnen Schüler und seine Eltern im Sinne eines schuldzuweisenden Denkens im Blick: Die Eltern sind „schuld“, wenn das Kind oder der Jugendliche nicht „funktioniert“. Außerschulische Berater sind oft schnell mit einem negativen Urteil über die Lehrer zur Hand. Blickt man in dieser negativen Einstellung auf ein Problem, trägt man zu seiner Verfestigung bei und man vergrößert dabei nur das Problemsystem (das sind alle, die darüber kommunizieren), ohne etwas für seine Auflösung – und darum muss es gehen - bewirken zu können, denn das zirkuläre Geschehen kann auf diese Weise nicht unterbrochen werden, im Gegenteil, es kommt nur ein weiterer negativer Interaktionskreis dazu. Es geht also um die *Auswirkungen* von kleinen Interventionen in der Gegenwart, nicht um die *Ursachen* in der Vergangenheit.

Das Muster wird unterbrochen, wenn man als Berater *etwas Neues* in die Kommunikation des Problemsystems einführt. Das verändernde Neue kann durch folgende Stichpunkte charakterisiert werden:

- Ein dialogisches, wertschätzendes Beziehungsangebot zur Kooperation
- Auftragklärung, man arbeitet nie ohne Auftrag
- Verständigung auf konkrete Ziele
- Aufmerksamkeitsfokussierung auf die Ressourcen der Beteiligten, denn nur mit diesen können sie etwas ändern.
- Angebot der Unterstützung für den Lösungsweg
- Eine optimistische Haltung, was die Erfolgschancen betrifft, denn dies gibt den Beteiligten *Hoffnung*, neben dem gegenseitigen Vertrauen der wichtigste Faktor für Veränderung.

Berücksichtigt man den Kontext eines Problems, dann bietet sich an, mit den Eltern, mit beiden oder einem Elternteil, oder mit den Lehrer/Innen zu arbeiten. Die Arbeit mit den Eltern kann mit dem Tenor geschehen: „Sie wollen ihrem Kind helfen“ (fast alle Eltern wollen das im Grunde). „Wie kann ich Sie dabei unterstützen? Was brauchen Sie, um mit der Situation besser zurecht zu kommen?“ Es geht um erzieherische Orientierung (nicht um Familientherapie) und um ein emotionales Unterstützungsangebot, dadurch kann sich die – oft belastete - Beziehung zum Kind und zur Schule verbessern.

Bei der Arbeit mit Lehrern/innen geht es darum, ihnen die optimistische, lösungs- und ressourcenorientierte Sichtweise zu vermitteln sowie sie evt. selbst unterstützen. Man kann sie im Gespräch oder durch entsprechende Übungen (falls man den Auftrag dazu hat) mit ihrer Fähigkeit in Kontakt bringt, inneren Abstand zu stressvollen Situationen zu bekommen und eine ressourcevolle, gelassenere Haltung in ihrem Arbeitsfeld zurückzugewinnen. Man kann ihnen die Wirkungsweise des oben geschilderten Vorgehens erklären und dadurch von angestrengtem Bemühen abhalten und dem sich selbst für alles verantwortlich Fühlen.

Für den einzelnen Fall, das Setting, die Methodik und die Lösungsstrategie ist es wichtig zu analysieren, ob das Problem eher *intern* (z.B. meist bei Prüfungsängsten) oder *systemisch* aufrechterhalten wird.

Zusammenfassend

Systemisches Vorgehen hat einen eher „leichten“ Charakter, es basiert auf guten Beziehungen zu allen Beteiligten, was das Arbeiten angenehm macht. Die Interaktion in Problemsystemen ist anstrengend, sie kostet viel Energie, die Interaktion in Lösungssystemen dagegen ist reibungslos. „Lösung“ heißt hier schlicht: Alles „läuft wieder normal“ und macht Freude, das Lernen, die Arbeit, man braucht es nicht zu thematisieren.

Eine selbstorganisierende Dynamik in Richtung einer „guten Gestalt“ zeigt sich immer beim systemischen Arbeiten. Wenn man das Gestrüpp (negativer Beziehungen, von Hoffnungslosigkeit und Ärger) zur Seite räumt, kann das Wasser im Bach wieder ungehindert fließen.

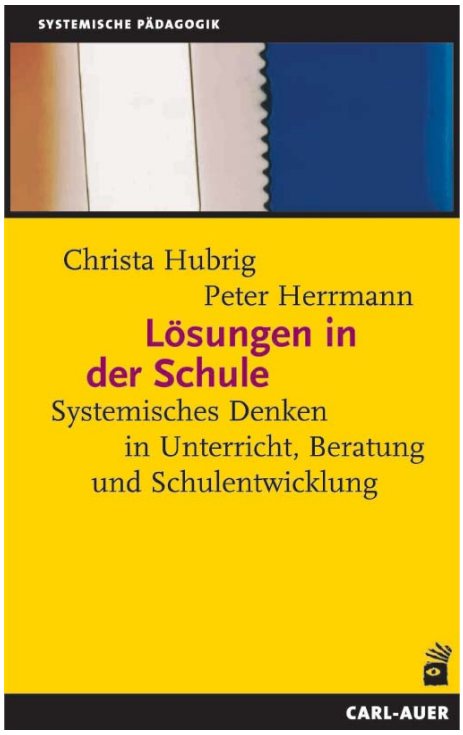
Genauer wird auf diese und viele weitere Aspekte des systemischen Arbeitens in der Schule in unserem Buch eingegangen.

Kontakt: CarlAuer-Verlag, Bettina Emmerich, Telefon 06221/643817, E-Mail: emmerich@carl-auer.de

Frau Hubrig und Herr Herrmann geben auf der Leipziger Buchmesse 2006 Auskunft zum Thema ihres Buches. Infos unter: http://www.carl-auer.de/aktuelles/2005/10/19/carl-autorin-und-autoren-auf-der-leipziger-buchmesse-2006/

Christa Hubrig/Peter Herrmann

„Lösungen in der Schule. Systemisches Denken in Unterricht, Beratung und Schulentwicklung“, kt. 271 Seiten, 16 Abb., Carl-Auer-Verlag 2005, 24.95 EUR/sFr 44.00, ISBN 3-89670-454-0



Das Projekt

Auf dem Weg der Verzahnung von Jugendhilfe & Schule

Erfahrungsbericht der Katholischen Jugendwerke Leverkusen über ein LVR-Modellprojekt

von Michael Hirth

1. Hintergrundinformationen

Das Modellprojekt „Auf dem Weg der Verzahnung von Jugendhilfe und Schule“ wurde Ende 2002 vom Landschaftsverband Rheinland ausgeschrieben. Der Antrag der Katholischen Jugendwerke zur Durchführung des Modellprojektes wurde Mitte 2003 bewilligt und das Projekt startete am 01.08.2003 mit einer Laufzeit bis zum 31.07.2005.

1.1 Kurzbeschreibung des Trägers

Der Katholische Jugendwerke Leverkusen e. V. ist seit 1978 als anerkannter freier Träger der Jugendhilfe in Leverkusen tätig. Der Verein hält eine Vielzahl von Einrichtungen, Maßnahmen und Projekten in den Bereichen der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit sowie den erzieherischen Hilfen vor. Rund 70 Mitarbeiter/innen tragen mit ihrem Engagement dazu bei, dass es bedarfsgerechte und vielfältige Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Leverkusen gibt.

1.2 Zielsetzung des Modellprojektes in Leverkusen

Die wesentlichen Zielsetzungen des Modellprojektes waren:

– Das Modellprojekt soll zur *Positionierung der Jugendhilfe* im Zusammenhang mit den sich neu gründenden Ganztagsgrundschulen verhelfen.
– Das Modellprojekt soll *Aussagen zu den Chancen und Grenzen der Kooperation* von Jugendhilfe mit Schule geben und Faktoren herausarbeiten, die die Kooperation von Jugendhilfe mit Schule *fördern bzw. hemmen*.
– Hauptuntersuchungsgegenstand des Modellprojektes sollen die *Entwicklungen in der Stadt Leverkusen* sein.

Das Modellprojekt sollte außerdem Erkenntnisse zu folgender Fragestellung liefern: *Wie gelingt es, den verantwortlich Beteiligten aus Schule und Jugendhilfe die Elemente Bildung, Erziehung und Betreuung zu berücksichtigen?*

1.3 Arbeitsweise und Aktivitäten

Die Projekt-Verlaufsplanung sah in erster Linie vor, dass die in Leverkusen an der OGATA beteiligten Interessengruppen nach deren Einschätzung und Bewertung zu den Angeboten, Leistungen der OGATA sowie zu Chancen und Grenzen der Kooperation befragt werden sollen.

Die maßgeblichen Zielgruppen an den Standorten mit einer OGATA, die befragt wurden, waren: die Schulleitungen, die Vertreter der Maßnahmeträger, die Mitarbeiter/innen sowie die Schulkinder und deren Eltern.

Folgende Verfahren sind im Rahmen der Datenerhebung zur Anwendung gekommen:

– Interview mit den Schulleitungen.
– Standardisierte Befragung (Fragebogen) für Maßnahmeträger, Mitarbeiter und Eltern.
– Computergestützte Befragung (*GrafStat*) für Schulkinder.

Darüber hinaus sind die gesamtstädtischen Entwicklungen unter Berücksichtigung folgender Möglichkei-

ten weiterhin beobachtet und zusammengefasst worden:
- Der teilnehmenden Beobachtung sowie Auswertung schriftlicher Dokumentationen des Schulleiter-/Trägertreffen.
- Im Rahmen formeller Gespräche mit Mitgliedern der Steuerungsgruppe der Stadt Leverkusen.
- Durch Analyse veröffentlichter Schriftsätze und Dokumente.

2. Entwicklungen in Leverkusen

In der Stadt Leverkusen gibt es insgesamt 32 Schulen für Kinder im Grundschulalter; bestehend aus 18 Gemeinschaftsgrundschulen, 10 Konfessionsgrundschulen (katholische) und vier Förder-/Sonderschulen.

Eine von der Stadt Leverkusen durchgeführte Bedarfsabfrage im Jahr 2003 ergab, dass bei 21 % der Kinder in Kindergärten und Horten ein Interesse zur Teilnahme in der OGATA besteht. Die Planungen der Stadt Leverkusen sahen nicht an allen Schulstandorten die Einrichtung vonoffenen Ganztagsschulen im Primarbereich vor, da dies unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten als nicht realisierbar eingeschätzt wurde. An solchen *Standorten*, wo eine OGATA etabliert werden sollte, gingen die Planungen der Kommune von einer Mindestzahl von 50 Schülern (zwei Gruppen) aus. Das 2003 entwickelte kommunale Konzept sah vor, dass nahe beieinander liegende Grundschulen zu einem Ganztagsschulstandort zusammengeführt werden können. Dies wird an mehreren Orten in Leverkusen heute praktiziert.

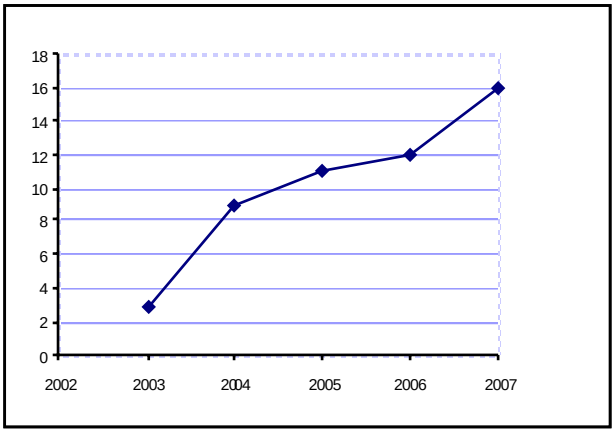


Abb. 1: *Einführung von offenen Ganztagsschulen in Leverkusen 2003-2007 / Stand: 20.05. 2005*

Zum Schuljahresbeginn 2003/2004 wurde an insgesamt drei Gemeinschafts-grundschulen (GGS) erstmals eine „offene Ganztagsgrundschule“ (OGATA) eingerichtet. Die Schulkonferenzen entschieden sich an zwei Standorten einen Elternverein und an einem Standort die evangelische Kirche als *Maßnahmeträger* einzusetzen. Einer der beiden Eltervereine ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe.

Bis heute sind es bereits 11 OGATA, die in Leverkusen etabliert wurden. Kooperationspartner der Schulen sind zunehmend freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Abbildung 1 verdeutlicht die weitere Ausbauplanung für Leverkusen.

Die *Anzahl der bereitgestellten Plätze für Schüler/-innen* wird bis zum Schuljahr 2007/2008 rasant ansteigen. Waren es im Schuljahr 2003/2004 noch 165 Plätze an drei Standorten so werden es im Schuljahr 2007/2008 bereits 1.299 Plätze an 16 Standorten sein.

3. Schlussfolgerungen

3.1 Handlungsempfehlungen bezogen auf Bewertung der Organisations- und Gremienstruktur in Leverkusen

- In Leverkusen wurde eine Organisations- und Gremienstruktur aufgebaut, die den unterschiedlichen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Schule, Jugendhilfe Austausch und Beratung ermöglicht. Zur Optimierung des gesamtstädtischen Weiterentwicklungsprozesses ist es als Chance zu sehen, wenn freie Träger in die bestehende Lenkungsgruppe einbezogen werden.
- Werden die Inhalte und Themen künftig von Schule und Jugendhilfe gemeinsam gesetzt und der Schwerpunkt noch deutlicher auf die inhaltliche Weiterentwicklung z. B. bezogen auf weitere qualitative Standards gelegt, dann ist man dem Ziel einer gleichberechtigten Partnerschaft von Schule und Jugendhilfe einen großen Schritt näher gekommen. Dies kann geschehen, indem Qualitätszirkel und Foren etabliert werden, wo Qualitätsstandards von Jugendhilfe und Schule gemeinsam erarbeitet und festgeschrieben werden.
- Der fachliche Austausch zwischen Steuerungsgruppe und Vertretern der freien Träger hatte als Ergebnis die Aufstellung eines Personaleinsatz-Modells, welches einen höheren Personalschlüssel pädagogischer Fachkräfte als bislang berücksichtigt. Dieses Modell und die dazugehörige Kostenkalkulation soll den politischen Entscheidungsgremien noch im Jahr 2005 vorgelegt werden und deutlich machen, dass die langfristige Absicherung qualitativer Standards nur dann zu erreichen ist, wenn sich die Kommune mit einem Eigenanteil an den Zuschüssen pro Schulkind beteiligt. Derzeitige Berechnungen gehen von einem Betrag zwischen 400,- bis 600,- Euro pro Schulkind/-jahr aus.
- Zur Stärkung der Position der Jugendhilfe in Leverkusen ist es sinnvoll, jugendhilfeinterne Foren zu schaffen, in denen eine weitergehende fachliche Auseinandersetzung zum Selbstverständnis und über Kooperationsmöglichkeiten mit Schule stattfindet. Auf Grundlage der dann vorliegenden Leitlinien und definierten Leistungsstandards ist es möglich, alle weiteren Planungs- und Entwicklungsprozesse mit Schule gemeinsam zu gestalten. Zur Stärkung und Begleitung der Jugendhilfeträger in diesem Prozess ist die Bereitstellung einer/eines Fachberater/-in auf kommunaler Ebene sinnvoll.

3.2 Handlungsempfehlungen bezogen auf die Befragung der Schulkinder in Leverkusen

- Es ist sinnvoll, das pädagogische Handeln weiterhin daran auszurichten, dass sowohl dem einzelnen Kind Lern- und Erlebnisräume aber auch Erfahrungen in der Gesamtgruppe ermöglicht werden. Dies greift insbesondere die Motivation der Schulkinder, in der Gruppe mit Gleichaltrigen zusammen zu sein, auf.
- Im Sinne der konzeptionellen Weiterentwicklung der OGATA sollte die Einplanung außerschulischer

Lernprozesse vorangebracht werden. Hierbei sind Ressourcen und Angebote von Partnern im Umfeld der Schule (Freizeit- und Erlebnispädagogik, Natur und Umwelt sowie Sport) in das Leistungsangebot der OGATA offensiv aufzunehmen und zu berücksichtigen.

– Lehrkräfte sollten an allen Standorten z. B. in die Hausaufgabenbetreuung einbezogen werden. Dies hat zum einen den Vorteil für das einzelne Kind, das der außerunterrichtliche Lernprozess in Bezug zu den unterrichtsbezogenen Lerninhalten gesetzt werden kann. Zum anderen bietet sich die Chance für Lehrkräfte, das einzelne Schulkind im Rahmen dieser außerunterrichtlichen Prozesse ganzheitlich wahrzunehmen.
– Im Sinne einer noch engeren Verzahnung und Annäherung von Mitarbeiterinnen der Jugendhilfe mit Lehrkräften ergeben sich neue Möglichkeiten durch die gemeinsame Abstimmung und Weiterentwicklung methodisch-didaktischer Zielsetzungen in der Unterrichtsplanung und -gestaltung sowie durch die Etablierung von Lern- und Arbeitsformen (Lernen in Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen) – wo am Ende dieses gemeinsamen Prozesses die Vision von einem *„Haus des Lebens und Lernens“* Wirklichkeit werden kann.

3.3 Handlungsempfehlungen bezogen auf die Sicherung der Prozesskommunikation zwischen Träger und Schule in Leverkusen

– Von besonderer Bedeutung ist die Sicherstellung eines regelmäßigen Austauschs zwischen Schulleitung und Maßnahmeträger. Hierbei ist es wichtig, dass es sich bei den beteiligten Personen um Entscheidungsträger mit entsprechender Handlungskompetenz handelt, damit möglichst direkt Vereinbarungen zur Sicherung und Weiterentwicklung der OGATA umgesetzt werden können.
– Die Sicherung der regelmäßigen Kommunikationsprozesse in Form von Teambesprechungen der Mitarbeiter/innen ist dann gegeben, wenn es standardmäßig z. B. alle 14 Tage zu diesen Treffen kommt. Diese Besprechungen sind Arbeitszeit und sind vom Maßnahmeträger vor Beginn eines Schuljahres in der Kostenkalkulation als sogenannte Overheadzeiten zu berücksichtigen.

– Informelle Kommunikationsprozesse ergänzen die bestehenden Kommunikationsstrukturen. Sie können jedoch nicht, regelmäßig und planvoll terminierte Treffen von z. B. Schule und Maßnahmeträger ersetzen. Eine Reduzierung der informellen Kommunikationsanlässe, ist daher mittelfristig anzustreben und zugunsten standardisierter Kommunikationsstrukturen *aufzuweichen.*
– Eltern sind die indirekten Kunden der OGATA. Es ist daher wichtig, Eltern in die Kommunikation zur und über die OGATA einzubeziehen. Es ist z. B. ein langfristig erstrebenswertes Ziel, wenn Elternsprechtage von Lehrkräften und Mitarbeiterinnen der OGATA gemeinsam durchgeführt werden. In diesem Fall könnten Lern- und Entwicklungsfortschritte des einzelnen Kindes in direktem Austausch zwischen Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiterinnen und Eltern kommuniziert werden.
– Dadurch dass die pädagogischen Mitarbeiterinnen (respektive die zuständige Einrichtungsleitung des Maßnahmeträgers) in die schulischen Planungs- und Steuerungsgremien eingebunden werden, kann die Umsetzung schulspezifischer Zielsetzungen einerseits und die Rückbindung ganztagsspezifischer Entwicklungen andererseits dauerhaft sichergestellt werden. Ein weitergehender Schritt wäre z. B. die Etablierung „pädagogischer Konferenzen“ wo Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte der OGATA das Angebot bzw. qualitative Standards vereinbaren und festlegen.

Das Projekt

4. Einflussnahme des Modellprojektes auf das Trägerhandeln

Das Modellprojekt hat entscheidend zur Weiterentwicklung der Organisationsstruktur und strategischen Ausrichtung der Katholischen Jugendwerke in Leverkusen beigetragen. Es wurde Anfang 2005 *der neue Arbeitsschwerpunkt „Jugendhilfe und Schule“* strukturell verankert und personell abgesichert. Zusätzlich wurde mit der Festlegung des neuen strategischen Ziels zur Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule *eine neue für den Gesamtverein relevante strategische Zielsetzung* festgelegt.

Als Folge der überwiegend undifferenzierten Definition, was unter den Elementen *Betreuung, Erziehung und Bildung* verstanden wird, wurde vereinsintern festgelegt, dass das pädagogische Handlungskonzept der Katholischen Jugendwerke in jedem Fall eine *Abgrenzung und Begriffsbestimmung der Elemente Betreuung, Erziehung und Bildung* vornehmen soll. Dies wurde mit dem am 14.04.05 vorgelegten pädagogischen Handlungskonzept umgesetzt.

Aus Sicht der Katholischen Jugendwerke ist es gelungen, auf Basis einer konstruktiven Zusammenarbeit mit Vertretern des Jugend- und Schulverwaltungsamtes den *Perspektivprozess zur Entwicklung weiterer Kooperationsstrukturen von Schule und Jugendhilfe* in Leverkusen anzustoßen.

Als Resultat dieser Überlegungen erfolgte Ende 2004 die Antragstellung beim LVR zur Durchführung des Modellprojektes „Entwicklung kooperativer Strukturen von Jugendhilfe und Schule in Leverkusen".

Dieses neue Projekt, welches am 01.08.2005 gestartet ist, soll zur Ausgestaltung, Vertiefung und langfristigen Festigung der für die Kooperation zwischen Jugendhilfe (freien Trägern) und Schule relevanten Spezifika und notwendigen Strukturen beitragen sowie die an diesem Prozess Beteiligten bei der Entwicklung von neuen Angeboten sowie qualitativen Standards in Leverkusen, einbeziehen, begleiten und unterstützen.

Die Qualität des neuen Modellprojektes wird darin bestehen, dass die bereits gewachsenen kooperativen Strukturen von Jugendhilfe und Ganztagsgrundschule genutzt werden, damit weitergehende Kooperationsstrukturen unter Berücksichtigung aller Leistungsbereiche der Jugendhilfe mit weiterführenden Schulen in Leverkusen etabliert werden können.

Die Erfahrungen im Verlauf des beschriebenen Modellprojektes haben gezeigt, dass jegliche Weiterentwicklungen innerhalb der Kommune nur dann optimal verlaufen, wenn das örtliche Jugendamt in die Planungsprozesse eingebunden ist und die Projektziele mit trägt.

Aus diesem Grund wurde das neue Modellprojekt von Beginn an so angelegt, dass es in enger Abstimmung mit dem örtlichen Jugendamt durchgeführt wird. In der projekteigenen Steuerungsgruppe sind daher der Jugendhilfeplaner, die Abteilungen Jugendförderung und Erziehungshilfe sowie Vertreter des Schulamtes eingebunden.

Kontakt:
Katholische Jugendwerke Leverkusen e. V., Michael Hirth, Goethestraße 11, 51379 Leverkusen.
Tel.: 02171/4901-33,
Telefax 02171/4901-30
E-Mail: michael.hirth@kjw-lev.de

Das Projekt

proko

Professionalisierung von Kooperation zwischen Hilfen zur Erziehung und Schulen für Erziehungshilfe

Ergebnisse aus einem LVR-Modellprojekt

von Karsten Schneider

Viele Jugendhilfe-Einrichtungen und Schulen für Erziehungshilfe können auf eine Tradition der Zusammenarbeit zurückblicken. Das Gelingen von Kooperation scheint jedoch häufig davon abhängig zu sein, ob sich einzelne Kollegen sympathisch sind und „miteinander können". Zudem wächst der Bedarf an systematischer Regelung der Zusammenarbeit im Zuge der sich zunehmend ausdifferenzierenden Bedarfslagen und der damit verbundenen größeren Vielfalt von Angeboten. Daher hat das Institut *quer* der Stiftung „Die Gute Hand" ein Qualitätsentwicklungsprojekt mit dem Titel „Professionalisierung von Kooperation zwischen Hilfen zur Erziehung und Schule für Erziehungshilfe" (proko) durchgeführt.

Unterstützt wurde *proko* durch Fördermittel des Landschaftsverbandes Rheinland und des Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln. Danken möchten wir insbesondere den Fachkräften aus den beteiligten Einrichtungen und Schulen für ihre engagierte Mitwirkung, die vielen kreativen Ideen und die Innovationsbereitschaft

Projektziele und -ablauf

Das Ziel dieses Vorhabens bestand darin, sowohl bezüglich der Planung als auch hinsichtlich der Umsetzung Verbesserungsmöglichkeiten bei der Kooperation auszuloten, auszuprobieren und zu evaluieren.

Mit acht Kooperationsteams in Nordrhein-Westfalen wurde jeweils eine Future-Search-Konferenz gestaltet. Hier skizzierten die Partner-Institutionen gemeinsam ihre jetzige Situation und leiteten daraus konkrete Ziele für eine Kooperationsverbesserung ab. Die Ziele wurden anschließend in Arbeitsgruppen weiter ausgearbeitet und umgesetzt. Nach einer mehrmonatigen Phase der Erprobung wurde in jedem Tandem mittels einer abschließenden Gruppendiskussion überprüft, ob und in welchem Umfang die anfangs gesetzten Ziele erreicht wurden. Darüber hinaus wurde nach der Zufriedenheit mit den erreichten Verbesserungen und nach der daraus resultierenden Art der Zusammenarbeit gefragt. Zusätzlich wurde die Kooperationsveränderung durch eine Fragebogen-Erhebung bei Projektbeginn und gegen Ende der Erprobungsphase erfasst, an der 61 Jugendhilfe-Mitarbeiter/-innen und 40 Lehrer/-innen beteiligt waren.

Erreichte Kooperationsverbesserungen

Die erreichten Kooperationsverbesserungen lassen sich auf drei Ebenen zusammenfassen:

- *Zwischenmenschliches Klima:* Das Vertrauen in die Kompetenzen der anderen Profession wuchs ebenso wie die Bereitschaft, Einblick in die eigene Arbeit zu gewähren. Gegenseitiger Respekt und Anerkennung wurden vermehrt wahrgenommen. Das Wissen vom Anderen verbesserte sich, z. B. in Form einer besseren Kenntnis der schulischen Förderplanung bei den Gruppenpädagogen/-innen oder in Form einer größeren Vertrautheit seitens der Lehrer/-innen mit dem Aufnahmeverfahren der Jugendhilfeeinrichtung.
- *Zielbezogene Kommunikation:* Der Informationsaustausch wurde gehaltvoller, direkter und flexibler, was insbesondere bei Krisensituationen als Zugewinn erlebt wurde. Sowohl formelle Kontakte, z. B. bei Hilfeplangesprächen, als auch informelle, z. B. in Form von Tür-und-Angel-Gesprächen, wurden

häufiger. Zudem gaben die Fachkräfte bereitwilliger Auskunft über das Kind und über nicht-realisierbare pädagogische Maßnahmen. Gemeinsame Teamsitzungen und Erziehungsplanung wurden in den einen Tandems initiiert und in anderen effizienter organisiert.

– *Strukturelle Verzahnung:* Drei Tandems rückten räumlich näher zusammen – durch die Auslagerung einer Klasse auf das Gelände der Einrichtung oder durch den Aufbau einer Tagesgruppe bei der Schule. Die Fachkräfte schrieben dieser Entwicklung wesentliche Arbeitserleichterung zu. Sowohl die räumliche Nähe als auch eine Überschneidung der Arbeitszeit von Lehrer/-innen und Gruppenpädagogen/-innen hing eng mit guter Kooperation zusammen. Sie ermöglichen mehr Begegnung und eine größere Transparenz der Arbeitsfelder. Dies erleichtert einen zeitnahen Informationsaustausch, regelmäßige Absprachen sowie eine enge Abstimmung der Förderung.

Die Verbesserung der Kooperation bei Planung und Durchführung der Förderung hatte aus Sicht der Fachkräfte vielfache Auswirkungen:

– *Kinder und Jugendlichen* erleben Gruppenpädagogen/-innen und Lehrer/-innen verstärkt als Einheit, die sich austauschen und voneinander Bescheid wissen. Die Lücken im Netz der Betreuung werden so enger. Nicht zuletzt wird ein regelmäßiger Schulbesuch eher erreicht und die gemeinsame Förderung den individuellen Bedarfslagen gerechter.
– Auch *die Eltern* erleben die beiden Institutionen eher als einheitliches Angebot. In gemeinsamen Gesprächen geht es um gemeinsam getragene Ziele. Eltern werden dadurch mit weniger unterschiedlichen Aussagen konfrontiert und erhalten eine klarere Vorstellung, wie mit ihnen und ihrem Kind gearbeitet werden soll. Dies wirkt sich auch positiv auf Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft aus.
– *Die Fachkräfte* schildern die größere Gemeinsamkeit als fachliche Bereicherung. Der verstärkte Austausch zwischen den Fachkräften beider Institutionen bedeutet zwar mehr Arbeitsaufwand, wird jedoch insgesamt als entlastend und befriedigend empfunden. Insbesondere Fachkräfte mit größerer Berufserfahrung sehen einen Gewinn durch die erzielten Veränderungen.

Kooperationsverbesserung kann nach den vorliegenden Erfahrungen an verschiedenen Punkten besonders aussichtsreich ansetzen:

– Die Fachkräfte erhalten – z. B. durch Information oder Hospitation – *Einblicke in den Arbeitsalltag ihrer Tandempartner.*
– *Gemeinsame informelle und formelle Aktivitäten* werden nicht nur anlässlich von Krisen sondern *geplant und regelmäßig* durchgeführt. Sie dienen sowohl der Kontaktpflege als auch dem Herstellen einer gemeinsamen Linie bei der Förderung der Kindern und Familien.
– *Erziehungs- und Förderpläne* werden in gemeinsamen Gesprächsrunden erarbeitet und *in gegenseitiger Abstimmung* umgesetzt.
– Die *formalen Beziehungen* zwischen den Institutionen sowie die *Begegnungsräume und -zeiten* sind gestaltbare Rahmenbedingungen und damit auch gute Ansatzpunkte für gezielte Kooperationsverbesserung.

Das Bemühen um Kooperationsverbesserung bringt zunächst eine erhöhte Arbeitsbelastung mit sich. Von der Mehrzahl der beteiligten Fachkräfte wurde dieser Aufwand jedoch letztlich als lohnend bewertet.

Der Abschlussbericht als Download unter. www.lvr.de (Jugend)

Kontakt: Institut für Qualität in Erziehungshilfen, Karsten Schneider, Jahnstr. 25, 51515 Kürten-Biesfeld Telefon 02207/708-290 E-Mail: quer@die-gute-hand.de

Politik und Partizipation in Ganztagsschulen

GEMINI Projekt

Ein neues Projekt der „Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung“ (GEMINI) will die außerschulische politische Jugendbildung in Ganztagsschulen und Ganztagsangeboten unterstützen. Unter dem Namen „Politik & Partizipation in der Ganztagsschule“ werden Erfahrungen, Modelle und Anregungen für die Weiterentwicklung der politischen Kinder- und Jugendbildung und der Schule gesammelt.

Außerschulische politische Jugendbildung bietet jungen Menschen grundlegende und spezifische Kenntnisse zu allen Themenfeldern, die politisch von Bedeutung sind. Sie hilft, sich mit der individuellen und gesellschaftlichen Umwelt kritisch auseinander zu setzen, ein selbstständiges Urteil zu gewinnen und sich selbstbewusst einzumischen. Sie macht dort Angebote, wo Kinder und Jugendliche sind. Auch in der Schule. Zur Unterstützung partizipativer Prozesse, als außerschulischer Lernort oder bei der Arbeit von Schülervertretungen ist die außerschulische politische Jugendbildung erfahren und geschätzt.

Neu ist ihre Beteiligung an den aktuell entstehenden Ganztagsschulen. Hier kommen andere Anforderungen auf Träger und Angebote zu: eine engere Art der Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischer Jugendbildung, eine neue Zeitstruktur, andere Räume und unterschiedliche pädagogische Perspektiven.

Das Projekt ist ein Verbundprojekt der GEMINI unter der Federführung des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben. Es wird von der Stiftung Deutsche Jugendmarke gefördert. Über die laufende Arbeit des Projektes informiert ein eigener Newsletter, den man auf der Projekthomepage abonnieren kann.

Nähere Informationen online unter: www.politikundpartizipation.de

Quelle: BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“, Newsletter No. 23, 08/2005

Kinder- und Jugendhilfe im Haushalt 2006

nrw

Das MGFFI teilt mit:

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration hat seinen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts geleistet. Trotz notwendiger Einsparungen in Höhe von 20 Prozent auf gesetzliche und freiwillige Landesleistungen wird die bestehende Infrastruktur an Einrichtungen, Angeboten und Trägern erhalten bleiben können. Dies gilt für alle Bereiche. Zugleich konnten politische Schwerpunkte gesetzt werden. Dies sind die Sprachförderung, die Horte und die Familienzentren. Der Haushalt des MGFFI hat nach dem Entwurf für 2006 ein Volumen von 1.249,5 Millionen Euro.

Die Kinder- und Jugendförderung bleibt in dem Umfang erhalten, wie sie derzeit erfolgt. Auch im kommenden Jahr sind im Haushaltsentwurf wieder 75,1 Millionen Euro vorgesehen. Damit bleibt der Landesjugendplan stabil. Im Vordergrund stehen die offene, die verbandliche, und die kulturelle Jugendarbeit. Die Förderbedingen werden vereinfacht. Eine Aufstockung auf 96 Millionen Euro ab 2006 ist derzeit finanzpolitisch nicht zu verantworten.

Der Aufbau von Familienzentren ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in Nordrhein-Westfalen. Mit diesem familiennahen Angebot soll ein „Mehr“ für die Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen erreicht werden. Durch die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren sollen die unterschiedlichen Angebote der Kinderförderung und der Unterstützung der Eltern zusammen geführt, Synergieeffekte genutzt und zugleich die Zugänge zur Beratung erleichtert und verbessert werden.

Die Förderung von Kindern im Kindergartenalter bleibt ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Die Sprachförderung ist ein wesentlicher Aspekt der vorschulischen Bildung. Die Landesregierung will die Mittel hierfür von derzeit 7,5 Millionen Euro auf 15,6 Millionen Euro in 2006 mehr als verdoppeln. Die frühkindliche Sprachförderung ist der Schlüssel für eine gelungene Integration. Nur, wer die deutsche Sprache beherrscht, kann sich in der Schule und später im Beruf bewähren.

„Nicht an Bildung von Kindern sparen“

Landesjugendhilfe-Ausschuss Rheinland plant Hearing zu Kürzungen in NRW

Der Landesjugendhilfe-Ausschuss Rheinland beobachtet die Planungen des Landes NRW für den Haushalt 2006 mit Sorge. Das wurde in der Ausschuss-Sitzung der Politikerinnen und Politiker in Köln deutlich.

Die geplanten Haushaltskürzungen scheinen zu Lasten der vor- und außerschulischen Bildung von Kindern zu gehen, sagte der Vorsitzende des Landesjugendhilfe-Ausschusses Rheinland, Dr. Jürgen Rolle (SPD/ Rhein-Erft-Kreis). Der Ausschuss plant deshalb für den 14.02.2006 eine Jugendhilfekonferenz als Hearing, zu dem Vertreter der kommunalen Jugendhilfe-Ausschüsse, der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, des Jugendhilfe-Ausschusses des Landtags und des NRW-Familien-Ministeriums eingeladen werden. Mit diesem Hearing sollen die Auswirkungen der vorgesehenen Haushaltskürzungen auf die Kindergartenpraxis, die Familienbildung und die Jugendarbeit herausgearbeitet werden.

www.lvr.de, 06.12.2005

Wie versprochen, bleibt es bei einer Weiterförderung von Horten. Ein weiterer Schwerpunkt wird auch in den nächsten Jahren der Ausbau der U3-Betreuung sein.

Insgesamt sind im Haushaltsentwurf 2006 für die Kindertagesbetreuung (GTK) 844,7 Mio. Euro (Vorjahr 949,2 Mio. Euro) vorgesehen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 835,3 Mio. Euro Betriebskostenzuschüsse (Vorjahr 940,1 Mio. Euro) und 9,4 Mio. Euro Investitionskostenzuschüsse (Vorjahr 9,1 Mio. Euro). Insgesamt leistet das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) einen Beitrag von 104,5 Mio. Euro zur Haushaltskonsolidierung. Das sind rund 11 Prozent und damit deutlich weniger als in anderen Leistungsgesetzen und Förderprogrammen. Dies macht deutlich, dass die neue Landesregierung einen Schwerpunkt bei Kindern und Schule setzt. Dieser Haushaltskonsolidierungsbeitrag setzt sich aus zwei Komponenten zusammen:

1. Das bürokratische Elternbeitragsdefizitausgleichverfahren fällt künftig weg. Kommunen können die Elternbeiträge künftig unter Beachtung einer sozialen Staffelung allein festsetzen. Als Folge daraus wird der so genannte Elternbeitragsdefizitausgleich durch das Land in Höhe von durchschnittlich rund 84,5 Mio. Euro pro Jahr nicht mehr veranschlagt. (...) Diese Neuregelung ist der Einstieg in eine grundlegende Reform der Finanzierung des GTK und ein Beitrag zur Entbürokratisierung.
2. Zusätzlich wird der bereits für das Jahr 2005 von der ehemaligen Landesregierung festgesetzte Trägerkonsolidierungsbeitrag in gleicher Höhe (72,1 Mio. Euro) fortgeschrieben. Das bedeutet, dass der den Trägern pro Gruppe zur Verfügung gestellte Beitrag für Sachmittel pauschal abgesenkt wird. (...)

Mit dem Haushaltsjahr 2006 wird eine grundlegende Reform des GTK zum Kindergartenjahr 2007/08 vorbereitet. Gründe sind die demografische Entwicklung und die zielgenaue Förderung in Verbindung mit weiteren Angeboten wie der verstärkten Sprachförderung, der Einführung von Sprachfeststellungstests und der Aufbau von Familienzentren.

www.mgffi.nrw.de
09.12.2005

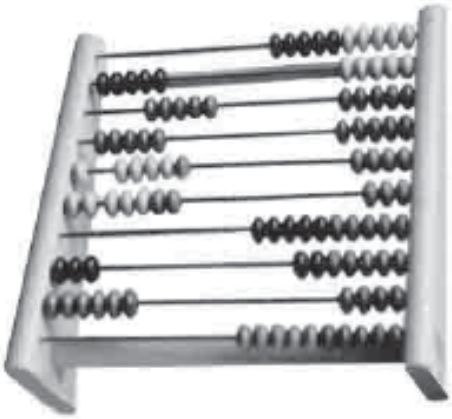
Keine Haushaltseinsparungen im Schulbereich

Das MSW teilt mit: Land setzt im Haushalt 2006 eindeutige Prioritäten für Schule und Unterricht

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2006 schafft die Landesregierung die Voraussetzungen für eine bessere und verlässlichere Unterrichtsversorgung. Zu den Schwerpunkten gehören:

Der weitere Ausbau der offenen Ganztagsangebote im Primarbereich auf der Basis eines verdoppelten Lehrerstellenanteils.

Ab August 2006 setzt die Landesregierung dafür zusätzlich 16 Mio. Euro ein. Das Investitionsvolumen der Ganztagsangebote in den Grund- und Förderschulen im Primarbereich beträgt dann 96,5 Mio. Euro jährlich. Mit diesen Mitteln werden unter anderem 945 zusätzliche Lehrerstellen finanziert. Ziel der Landesregierung ist es, bis zum Jahr 2007 mehr als 200.000 Ganztagsangebote im Primarbereich zu schaffen.



Die Fortsetzung der am 1. Februar 2006 beginnenden Förderung der Ganztagshauptschule auf hohem Niveau.

Es stehen weiterhin über den 1. August hinaus 620 zusätzliche Lehrerstellen für den Aufbau und Ausbau des Ganztags in dieser Schulform zur Verfügung. Bis 2012 sollen 50.000 vollwertige Ganztagsangebote in der Hauptschule entstehen.

Schaffung von weiteren 1.000 Lehrerstellen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls.

Die Landesregierung hat versprochen, in dieser Legislaturperiode 4.000 Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall zu schaffen. 1.000 zusätzliche Stellen hat sie im Jahr 2005 eingerichtet. Weitere 1.000 zusätzliche Lehrerstellen werden im Jahr 2006 folgen. Die restlichen 2.000 Lehrerstellen werden in den kommenden Jahren bereitgestellt.

Schulen erhalten zusätzliche Lehrerstellen, die von der alten Landesregierung für Aufgaben in Schulaufsicht und Schulverwaltung in Anspruch genommen wurden.

Zum 1. August werden Schulen auf Grund dieser Maßnahme mindestens 250 Stellen erhalten. In den Folgejahren wird die kritische Prüfung des Ressourcenverbrauchs intensiv fortgesetzt, um die Unterrichtssituation in den Schulen des Landes noch weiter zu verbessern.

Einrichtung einer dauerhaften Vertretungsreserve für Grundschulen.

Für die Grundschulen wird mit 900 Stellen eine dauerhafte Vertretungsreserve eingerichtet. Die Landesregierung will damit gezielt gegen den Unterrichtsausfall in dieser Schulform vorgehen. Die Vertretungsreserve wird durch die Schulämter des Landes organisiert. Die Vertretungsreserve wird aus einem Teil der bisher nur für befristete Beschäftigungsverhältnisse zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel finanziert.

Fortsetzung der Finanzierung der Ersatzschulen auf einem hohen Niveau.

Die dramatische Situation des Landeshaushalts führt dazu, dass andere gesetzliche Leistungen des Landes um bis zu 20 Prozent gekürzt werden. Die für unser Bildungssystem wichtigen Ersatzschulen und ihre Träger können sich darauf verlassen, dass die bisherige Förderung mit einem Volumen von mehr als 1 Mrd. Euro jährlich nicht zur Disposition steht. Die von der alten Landesregierung für das Jahr 2005 verfügte Kürzung der Ersatzschulfinanzierung um 15 Mio. Euro ist bereits im 2. Nachtragshaushalt 2005 durch die Landesregierung rückgängig gemacht worden.

www.bildungsportal.nrw.de
12.12.2005

Ganztagshauptschulen: Ausbau beginnt

nrw

Schulministerin Sommer: „Hauptschulen können sich ab sofort für die Umwandlung in echte Ganztagsschulen bewerben"

Ab sofort können sich die rund 740 Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen über die Schulträger für eine Umwandlung in echte Ganztagsschulen bewerben. Das hat Schulministerin Barbara Sommer in Düsseldorf erklärt. Dies sei der erste Schritt der im Herbst vorgestellten Qualitätsoffensive Hauptschule.

Bewerben können sich alle Hauptschulen, die ein pädagogisches Konzept für den Ganztagsbetrieb beschlossen und Einvernehmen mit dem Schulträger hergestellt haben.

– Schulen, die schon jetzt über ein differenziertes Ganztagskonzept oder Erfahrungen im Ganztagsbetrieb verfügen und bei denen die notwendigen Gremienbeschlüsse des Schulträgers bereits vorliegen, können sich bis zum *19. Januar* 2006 bewerben, um schon zum 1. Februar 2006 mit dem Aufbau des Ganztagskonzeptes schrittweise beginnen zu können. Die Bewerbungen sind vom Schulträger an die Bezirksregierungen zu richten.
– Alle übrigen Schulen können sich bis zum *15. März 2006* bewerben, um dann zu Beginn des neuen Schuljahrs am 1.8.2006 mit dem Aufbau des Ganztagsbetriebs zu beginnen. Die Bewerbungen sind vom Schulträger an die Bezirksregierungen zu richten.

Genaueren Aufschluss über die Bedingungen, unter denen sich Schulträger und Schulen bewerben können, sind in zwei Erlassen geregelt, die als Referentenentwürfe im Bildungsportal einzusehen sind.

Über die genauen Modalitäten des neuen Ganztagsangebotes in den Hauptschulen sind in der vergangenen Monaten zahlreiche Gespräche auf allen Ebenen geführt worden. (...) Viele wertvolle Hinweise und Wünsche konnten daher bereits in die Erlassentwürfe eingearbeitet werden. Zusätzlich sind in allen Regierungsbezirken des Landes mit den Vertretern der Kommunen und Kreise Verwaltungsgespräche geführt worden. Das neue Modell der Ganztagshauptschule hat dabei bereits viel Zuspruch und Resonanz gefunden.

„Die neue Ganztagshauptschule wird (...) eine verbindliche Ganztagsschule werden und besondere Förderangebote in schulischer Verantwortung aufbauen", so Ministerin Sommer. In den neuen Ganztagshauptschulen sollen für die Jahrgangsstufen 5, 6 und 7 zukünftig an fünf Tagen in der Woche Unterricht, besondere Förderangebote, aber auch Maßnahmen außerschulischer Partner, die von Kultur über Musik und Sport, wie über Themen aus Wirtschaft und Handwerk reichen, angeboten werden. In den Jahrgängen 8, 9 und 10 soll an mind. drei Tagen Ganztagsschule angeboten werden.

Für den schrittweisen Auf- und Ausbau der Schulen in echte Ganztagsschulen werden nach dem Willen der Ministerin im Endausbau 500 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung stehen. Die neuen Ganztagshauptschulen werden einen Personalzuschlag in Höhe von 30 Prozent auf ihren Grundstellenbedarf bekommen. Ein Drittel davon kann von den Schulen für zusätzliche Förderangebote auch außerschulischer Partner — je nach Angebot, Problemlage und schulischem Konzept – verwandt werden. Die Schulträger können parallel dazu für notwendige Umbauten Mittel aus dem IZBB-Programm des Bundes beantragen.

www.bildungsportal.nrw.de
02.01.2006

250 Sozialpädagogenstellen an Hauptschulen gesichert

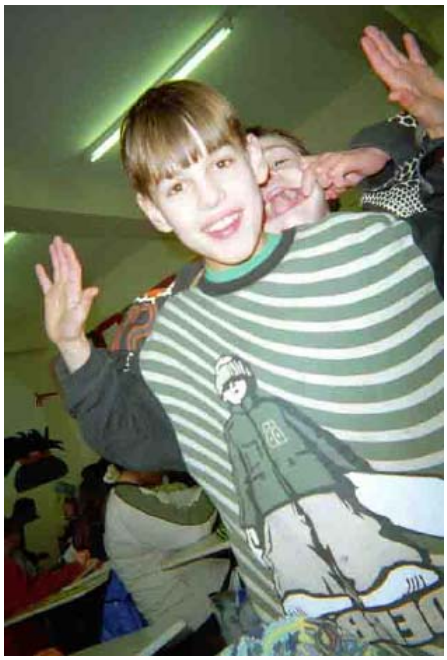
Die Landesregierung wird die 250 Sozialpädagogen, die an den Hauptschulen des Landes wertvolle Arbeit leisten, dauerhaft weiterbeschäftigen. Sie waren von der alten Landesregierungen befristet bis zum 31. Juli 2006 eingestellt worden.

„Die Landesregierung hält ihr Wort, dass der Schulbereich von den Einsparungen ausgenommen ist. Mit dem Erhalt der Arbeitsplätze der 250 Sozialpädagogen wird die oftmals schwierige Arbeit an Hauptschulen unterstützt", sagte Schulministerin Barbara Sommer.

Staatssekretär Günter Winands hat heute die Bezirksregierungen des Landes gebeten, die befristeten Arbeitsverträge in Dauerbeschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.

Die Sozialpädagogen sind Beginn des Schuljahres 2003/2004 eingestellt worden. Im Rahmen ihrer Arbeit bieten sie umfangreiche Unterstützungsangebote für die Kinder und Jugendlichen, aber auch für ihre Eltern an. Sie arbeiten eng mit den Lehrkräften, der Schulleitung und auch mit außerschulischen Beratungsinstitutionen zusammen.

www.bildungsportal.nrw.de, 14.12.2005



„Schulen in verantwortete Freiheit entlassen"

nrw

MSW plant Novellierung des Schulgesetzes

Eine begabungsgerechte, individuelle Förderung von Kindern in einem leistungsstärkeren, dynamischen Schulsystem, ein Höchstmaß an Freiheit für Schulen in einem geregelten Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte – dies hat die nordrhein-westfälische Landesregierung auf den Weg gebracht. Das Kabinett beriet und beschloss heute Eckpunkte zur Novellierung des Schulgesetzes. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und Schulministerin Barbara Sommer stellten den Gesetzentwurf, der im Januar den Verbänden und anschließend dem Landtag vorgelegt wird, gestern vor. „Die notwendigen Reformprozesse können nur dann erfolgreich gestaltet werden, wenn wir die Schulen in eine verantwortete Freiheit entlassen. Unsere Schulen brauchen mehr Freiheit und Vertrauen, und müssen sich andererseits an den Ergebnissen messen lassen. Der Staat zieht sich aus der Detailsteuerung des Schullebens zurück", erklärte Rüttgers. Sommer sagte mit Blick auf die Pisa-Studie, die den NRW-Schulen Defizite in Sachen Qualität und sozialer Gerechtigkeit bescheinigt: „Soziale Gerechtigkeit setzt eine bessere Förderung von Kindern voraus. Kinder, die zu Hause nicht die Grundlagen vermittelt bekommen, die sie für eine erfolgreiche Bildungskarriere benötigen, brauchen mehr Hilfe als bisher. Wir dürfen sie nicht allein lassen."

Die Eckpunkte zur Novellierung des Schulgesetzes sehen u. a. vor:

- Kinder werden künftig zwei Jahre vor der Einschulung auf ihre Sprachfertigkeiten hin getestet; im Bedarfsfall erhalten sie eine Förderung.
- Eltern werden künftig die Wahl der weiterführenden Schule nicht mehr erzwingen können, wenn ihr Kind offenkundig für die von ihnen gewünschte Schulform nicht geeignet ist.
- Die Schulzeit bis zum Abitur wird auf zwölf Jahre verkürzt.
- Die gymnasiale Oberstufe wird reformiert, um ihre allgemeinbildende Funktion zu stärken.
- Das Arbeits- und Sozialverhalten von Schülern sowie ihr außerunterrichtliches Engagement werden künftig in den Zeugnissen dokumentiert.
- Die disziplinarischen Rechte der Lehrer/-innen werden gestärkt.
- Die Schulen werden eigenverantwortlich.
- Die Grund- und Berufsschulbezirke werden abgeschafft. (...)

www.bildungsportal.nrw.de
13.12.2005

„Erfolgreich in Ausbildung"

Start in Ostwestfalen-Lippe

Systematisches Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf

Unter dem Titel „Erfolgreich in Ausbildung" soll in der Region Ostwestfalen-Lippe nach und nach ein systematisches Übergangmanagement von der Schule in den Beruf aufgebaut werden. Vorbild ist das in der vergangenen Woche mit dem Carl Bertelsmann-Preis ausgezeichnete „Hamburger Hauptschulmodell". Mit der Einführung des Modells erhalten Hauptschüler ab sofort einen Ansprechpartner für den Übergang von der Schule in den Beruf. Das Modell basiert auf einer gemeinsamen Beratung und Begleitung der Hauptschulabgänger durch Fachkräfte in regionalen Koordinierungsstellen. In dieses Übergangsmanagement sind Lehrer, Berufsberater und Personalfachleute aus Unternehmen eng einbezogen. Sie ermitteln im direkten Austausch die Interessen und Stärken der Schüler, beraten bei der Berufswahl und unterstützen die Schüler intensiv bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz.

Die Konzepte für die Umsetzung vor Ort sind verschieden. Sie basieren auf der bereits vorhandenen Infrastruktur zum Übergang Schule - Beruf, der unterschiedlichen Ressourcenlage und weiteren regionalen Besonderheiten. Während das Projekt in Gütersloh mit Hilfe der Bildungs- und Schulberatung des Kreises Gütersloh an 15 Haupt- und drei Gesamtschulen flächendeckend umgesetzt wird, hat sich der Verein BAJ in Verbindung mit der gemeinnützigen Personalentwicklungsgesellschaft REGE in Bielefeld sechs Haupt- und zwei Gesamtschulen vorgenommen. Die Wirtschaftsförderung in Minden-Lübbecke beginnt zunächst mit sechs Hauptschulen und das Netzwerk Lippe wird mit vier Hauptschulen starten. Im Kreis Herford ist das Regionale Bildungsbüro bereits seit Jahren an der Schnittstelle Schule Beruf tätig.

Bislang haben elf Unternehmen, die Bezirksregierung Detmold, die Kommunen und die Agenturen für Arbeit Unterstützung signalisiert. Eine Unterstützungsstelle bei der Weidmüller Stiftung sorgt für die inhaltliche Vernetzung und die Entwicklung gemeinsamer Standards und qualifiziert und berät die Partner. (...)

Kontakt: Martina Helmcke, Geschäftsführerin Initiative für Beschäftigung OWL e. V., Telefon 0173/5258155

Bertelsmann Stiftung, 16.09.2005

Offene Ganztagsschule im Primarbereich

Infos & mehr

Kultur macht Schule

Newsletter 5/05

Das Jahr 2005 war das Jahr der Kooperationen – und auch im neuen Jahr wird sich die vielfältige Landschaft der Zusammenarbeit zwischen schulischen und außerschulischen Partnern weiter ausweiten.

Der Newsletter „Kultur macht Schule“ beschäftigt sich intensiv mit dem Thema der Qualitätssicherung von Kooperationen. Auf welchem Diskussionsstand wir uns nach der bundesweiten Fachtagung „Qualität von Kooperationen zwischen kulturellen Partnern und Ganztagsschulen“ (Ende Oktober in Berlin) befinden, erfahren Sie in der neuen Ausgabe.

Die Themen dieses Newsletters im Überblick:

- Fachtagung „Qualität von Kooperationen“: ein Rückblick
- MIXED UP – Wettbewerb für Kooperationen: die Preisträger 2005
- Neue Arbeitshilfe: Ländersynopse zur kulturellen Bildung in Ganztagsschulen
- Tipps und Termine

Der Newsletter von „Kultur macht Schule“ – dem bundesweiten Netzwerk für Kooperationen – dient als Plattform für alle, die sich mit dem Thema „kulturelle Bildung in Ganztagsschulen“ beschäftigen. Werden auch Sie Netzwerkpartner und nutzen Sie unsere Homepage, um ein Projekt vorzustellen, auf Termine aufmerksam zu machen oder einen Fachbeitrag zu veröffentlichen.

Der Newsletter als Download sowie weitere Infos & Materialien unter:

www.kultur-macht-schule.de

Kulturelle Bildung in der OGS

Neuer Newsletter GanzTag

Kulturelle Bildung in der Ganztagsschule ist auch das Thema der aktuellen Ausgabe des vom Ministerium für Schule und Weiterbildung und vom Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegebenen Newsletters (Ausgabe 3/05). – Aus dem Inhalt:

- Einstein muss es wissen. Kultur in der Schule.
- Adressen für Kulturelle Bildung.
- „MIXED UP“-Wettbewerb der BKJ.
- KulturLernwelt Essen.
- Akki aus Düsseldorf erhält Kulturpreis für Ganztagsprojekte.
- Kommunale Unterstützung für Vernetzung.
- „You can change your life in a dance-class.“ Kreativer Tanz in der offenen Ganztagsgrundschule.
- Gemeinsam für Musikalische Bildung. Modellprojekt beendet.
- Aktuelles: Nachrichten, Tipps, Termine.

Kostenloser Download unter:

www.Ganztag.nrw.de

www.ganztag.nrw.de

Der vom Landesinstitut für Schule gestaltete Internet-Auftritt zum „Ganztag“ in NRW bietet u. a.

- aktuelle Informationen u.a zu Tagungen, Fortbildungen, Förderung und Antragsverfahren,
- Praxisbeispiele,
- Materialien & Richtlinien,
- Beratungskontakte/-partner landesweit und vor Ort in den Regionen,
- Standorte von u.a. Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich und
- eine Job-Börse als Markplatz zur Vermittlung von Jobs.

Infos, Beratung und Fortbildung zum „Ganztag“ im LJA Rheinland

Die Fachberatung „Offene Ganztagsschule im Primarbereich“ im LJA Rheinland informiert und berät Kommunen (Jugend- und Schulverwaltungsämter), freie Trägerzusammenschlüsse auf kommunaler und Landesebene sowie Jugendhilfe- und Schulausschüsse zur Einführung der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich.

Ansprechpartner/-in sind:

im **Regierungsbezirk Düsseldorf**
Frau Dr. Kleinen (Tel. 0221/809-6940, E-Mail: karin.kleinen@lvr.de),

im **Regierungsbezirk Köln**
Herr Mavroudis, Tel. 0221/809-6932, E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de).

Informationen, Fortbildungsangebote und Materialien der Fachberatung zum „Ganztag“ unter: www.lvr.de/FachDez/Jugend/Fachthemen/Jugendhilfe+und+Schule/Ganztagsschule/

Fachtag „E wie Ernährung“

am 09.02.2006 in Köln

Im Jahr 2005 hat das Landesjugendamt Rheinland die Fachtagungsreihe „G wie Ganztag“ gestartet. Die Reihe soll einen Beitrag für eine effektive Fachlichkeit im Ganztag leisten.

Bei „E wie Ernährung“ stehen Fragen der Organisation und Herrichtung von Räumen sowie Ausstattung von Küchen neben jenen der Qualität der Mahlzeiten. „Ernährung“ im Ganztag betrifft die Ess- und Tischkultur sowie soziale Aspekte: angefangen bei den Elternbeiträgen bis hin zum sozialen Miteinander und der Förderung von Kommunikation. Notwendig sind Konzepte der Ernährungs- und – übergreifend – Gesundheitserziehung, die auch die Zusammenarbeit mit Eltern vorsehen.

Infos & Kontakt: karin.kleinen@lvr.de
www.lvr.de/jugend

Koalitionsvertrag der Bundesregierung zu „Bildung" und „Jugend"

Auszüge aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005

Bildung (S. 32 ff.)

Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft

Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und kulturelle Teilhabe, für Entwicklung und Innovation. Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass keine Begabung ungenutzt bleibt. Dazu muss unser Bildungssystem insgesamt transparenter und durchlässiger sein und eine bessere individuelle Förderung gewährleisten.

Der Zusammenhalt und die soziale Entwicklung unserer Gesellschaft, unser Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hängen immer stärker davon ab, welchen Stellenwert Bildung erhält. Bildung ist der entscheidende Zukunftsfaktor für unser Land, aber auch für die Chancen jedes einzelnen Menschen.

In Deutschland soll sich wieder mehr Wohlstand durch Wachstum und Innovation entwickeln können. Dieses Ziel erreichen wir nur, wenn alle ihre Leistungskraft und Talente entfalten können. Deutschland braucht die Bildung von Verantwortungseliten, unabhängig von sozialer Herkunft. Ein erfolgreiches Bildungswesen muss Begabungen fördern, Lernschwache stärken und den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufbrechen.

Chancengleichheit in der Bildung: bessere Betreuung, frühe und individuelle Förderung

Bildung und Betreuung für alle von Anfang an: Die entscheidenden Weichen für die Entwicklung eines Kindes werden am Anfang gestellt. Deshalb machen wir uns dafür stark, alle Kleinkinder besser und individuell zu fördern. Wir halten das Erlernen der deutschen Sprache schon vor der Grundschule für notwendig.

Ganztägige Bildung und Erziehung schaffen erweiterte Möglichkeiten, alle Talente zu fördern und die Schwächen auszugleichen. Zudem wird es Eltern durch ganztägige Angebote leichter gemacht, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Deshalb setzen wir uns für den weiteren Ausbau von Ganztagsschulen ein. Die für das Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung" zum Bau von Ganztagsschulen geplanten Haushaltsmittel des Bundes in Höhe von rund 4 Mrd. Euro sollen bis zum Ende der Legislaturperiode abrufbar bleiben.

Wir werden auch in Zukunft unseren Beitrag leisten, damit sich Deutschland an internationalen Vergleichsstudien wie etwa PISA beteiligen kann. Wer sich verbessern will, muss wissen, wo er steht.

Wir streben an, die Bildungsberichterstattung weiter zu entwickeln und als Konstante der Bildungspolitik im Zusammenwirken von Bund und Ländern zu etablieren. Flankierend werden wir die empirische Bildungsforschung im Rahmen der Allgemeinen Forschungsförderung stärken, um Erkenntnisse zu gewinnen, die Bund und Ländern bei der Weiterentwicklung ihrer jeweiligen Aufgaben im Bildungsbereich dienen können.

Die duale Berufsausbildung stärken – Ausbildungschancen für jeden jungen Menschen

Das deutsche System der dualen Berufsausbildung ist für unser Land ein internationaler Wettbewerbsvorteil. Es ist eine Erfolgsgeschichte, die

wir fortsetzen wollen. Für den Einzelnen bietet es nach wie vor einen guten Einstieg in eine erfolgreiche berufliche und persönliche Entwicklung und stellt immer noch den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit dar. Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gewinnt die berufliche Bildung zunehmend an Bedeutung. Es bleibt unser Ziel, dass jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche ein Ausbildungsangebot erhält.

155.000 bzw. 17,1% der 25-Jährigen haben keinen Abschluss der Sekundarstufe II, d.h. sie haben weder eine Berufsausbildung abgeschlossen noch Abitur. Die Jugendarbeitslosigkeit bleibt ein dringend zu lösendes Problem der Arbeitsmarkt-, aber auch der Bildungspolitik in Deutschland.

Die Bundesregierung wird alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ergreifen, um das Ziel, dass kein Jugendlicher unter 25 Jahre länger als drei Monate arbeitslos ist, zu erreichen. (...) Jugendliche und Erwachsene ohne Abschluss sollen eine „Zweite Chance" erhalten, um einen Schulabschluss nachholen oder eine Ausbildung erfolgreich durchlaufen zu können.

Bewährte Maßnahmen zur Einstiegsqualifizierung und zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit und -reife werden wir fortsetzen. Für Jugendliche mit schlechteren Startchancen werden wir die Maßnahmen zur Berufsausbildungsvorbereitung, zur Verbesserung ihrer Ausbildungsfähigkeit und -reife und die ausbildungsbegleitenden Hilfen fortsetzen. Die strukturelle Neuausrichtung der Berufsvorbereitung wird den individuellen Förderbedarf Jugendlicher zum entscheidenden Kriterium machen. (…)

Jugend (S. 104 ff)

Bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche in politische, planerische und zukunftsorientierte Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einzubeziehen, ist für die Zukunftsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens unverzichtbar. Aktionen vor Ort werden die meisten Früchte tragen. Wir werden die Aktivitäten zur Partizipation gemeinsam mit den Jugendverbänden weiterentwickeln, die Bedeutung der Kinderrechte stärker in die Öffentlichkeit transportieren sowie Eltern, Lehrer und pädagogische Fachkräfte informieren. Frühzeitige Heranführung von Kindern und Jugendlichen an Politik ist ein wichtiger Grundbaustein in der Entwicklung des Politikverständnisses. Kinder und Jugendlichen sollten bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in altersgemäßer Weise einbezogen werden. Hierzu werden wir in Abstimmung mit den Ländern und Kommunen „Beispiele der guten Praxis" multiplizieren und das Thema auch auf der Ebene des Bundes dauerhaft verankern.

Die Europäische Union bietet neue Chancen für die Gestaltung von Bildungs-, Berufs- und Lebensverläufen junger Menschen. Das erfordert sowohl die Einwirkung der nationalen jugendpolitischen Akteure in europäische Politikgestaltung als auch das Mitdenken der europäischen Dimension bei der Gestaltung des lokalen, regionalen und nationalen Kinder- und Jugendangebots. Hierzu bietet der „Pakt für die Jugend" die besten Chancen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die finanzielle Ausstattung des EU-Programms „Jugend in Aktion" für den Zeitraum 2007 bis 2013 die Ausweitung der beteiligten Programmländer, die erhöhte Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich, sowie die Erweiterung der Altersgrenzen der Jugendlichen entsprechend berücksichtigt.

Chancengleichheit in der Bildung

Der Übergang und der Wandel von der Industriegesellschaft zur Informations- und Wissensgesellschaft kann nur dann erfolgreich gestaltet werden, wenn die Bildungs- und Forschungspolitik ganz oben auf der Agenda steht. Alle politisch Verantwortlichen sind gefordert, einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau von Schlüsselqualifikationen von Kindern zu leisten, die hierfür erforderlichen Ressourcen bereit zu stellen und sie effizient einzusetzen.

Die Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder in Familien, Kindertageseinrichtungen und Schule bilden das Koordinatensystem für das gedeihliche Aufwachsen unserer Kinder in einer dynamischen Welt. Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen finden aber an vielen Orten statt. Sie sind nicht nur an Institutionen gebunden. Neben Familie, Schule und Kindertageseinrichtungen sind auch die Angebote der Jugendarbeit, der kulturellen Jugendbildung, informelle Bildungsprozesse in der Gleichaltrigen-Gruppe sowie im Umgang mit den Medien von Relevanz.

Wir wollen, dass alle jungen Menschen die gleichen Chancen auf Bildung haben.

Die Förderung aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes wollen wir daraufhin prüfen, ob sie der besonderen Situation der Jugendlichen in Ostdeutschland entspricht. Wir wollen zu verbesserten Voraussetzungen beitragen, unter denen Jugendlichen ein Verbleib in ihrer Heimatregion in Ausbildung und bei Berufsaufnahme möglich ist.

Wir werden uns mit verschiedenen Maßnahmen, zum Beispiel dem Girls´ Day und der Verbesserung der Berufsberatung, dafür einsetzen, dass das Berufswahlspektrum von Mädchen und Jungen erweitert wird, und ein besonderes Augenmerk auf die Überwindung von Geschlechterstereotypen gelegt wird.

Aufwachsen ohne Gewalt

Wir bekämpfen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung nachhaltig, indem wir die Prävention stärken, insbesondere im Rahmen der internationalen und europäischen Zusammenarbeit und durch innovative Modellmaßnahmen zur Kriminalitätsprävention und zur Verbesserung des Opferschutzes.

Die Koalitionspartner verabreden, den Schutz von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Die aktuellen Regelungen sind angesichts der rasanten Entwicklungen im Bereich der Neuen Medien noch nicht ausreichend, um den wachsenden Gefährdungen junger Menschen auf dem Mediensektor wirksam entgegenzutreten. (...)

Das Wächteramt des Staates und der Schutzauftrag der Gemeinschaft für von Gewalt betroffene und vernachlässigte Kinder ist durch die Reform des KJHG gestärkt worden. Der Bund wird die Umsetzung in die Praxis durch geeignete Aktivitäten befördern.

Wir setzen uns in Zusammenarbeit mit dem Verbraucherschutz für Selbstverpflichtungen der Kreditinstitute ein, die sowohl präventiv Jugendliche vor Verschuldung bewahren als auch Hilfe für bereits verschuldete Jugendliche leisten. Ziel einer erfolgreichen Kooperation muss eine deutliche Abnahme der Verschuldung junger Menschen in Deutschland sein.

Chancen für benachteiligte Jugendliche

Die berufliche Vorbereitung, Qualifizierung und dauerhafte Integration junger Menschen in Arbeit und Beschäftigung ist erklärtes Ziel der Bundesregierung. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss oberste Priorität haben. Herausragendes Ziel muss es sein, jungen Menschen zukunftsorientierte Ausbildungs-, Berufs- und Beschäftigungschancen zu eröffnen. Die Akteure in den Bereichen SGB II, III und VIII sind aufgerufen, ihre Konzepte und Fördermaßnahmen stärker zu verzahnen und zusammen mit der Wirtschaft für junge Menschen eine Beschäftigungsexpansion zu bewirken.

Junge Menschen, die aufgrund individueller sozialer Problemlagen den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt auf Anhieb nicht schaffen, sind besonders zu berücksichtigen. Hier sind ergänzend zu den Arbeitsmarktakteuren die Träger der Kinder- und Jugendhilfe gefordert. Jugendliche ohne Schulabschluss, insbesondere Schulverweigerer, sind hierbei eine besonders wichtige Zielgruppe.

Die Bundesregierung wird sich für eine Verstätigung lokal wirksamer Initiativen zur beruflichen Integration einsetzen und insbesondere die Finanzierungsstrukturen bzw. -instrumente auf Kompatibilität, Effizienz und Stringenz überprüfen. Auch in der nächsten ESF-Förderperiode werden jugendintegrative Maßnahmen in den sozialen Brennpunkten des Programms „Soziale Stadt“ durch die Bundesregierung gefördert.

Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass bei öffentlichen Vergabeverfahren auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene Unternehmen bevorzugt werden können, die ausbilden.

Jugend für Toleranz und Demokratie

Wir wollen den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz fortführen und auf Dauer verstetigen. Es ist unser erklärtes Ziel, das Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln und damit die Achtung der Menschenrechte zu fördern bzw. jede Form von Extremismus, auch von links, zu bekämpfen. Ziel ist es, den Handlungsrahmen von Aktionsprogrammen umfassender auszulegen. Damit können wir auch einen wesentlichen Beitrag leisten, einer zunehmenden Gewaltbereitschaft jungerMenschen entgegenzuwirken.

Es geht um Vielfalt, Respekt für andere, Demokratie, Toleranz und die Bekämpfung des Antisemitismus. Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort motiviert werden und in ihrem Engagement verlässlich unterstützt werden. Dabei setzen wir auf ein engeres Zusammenwirken mit Ländern und Kommunen, mit Medien, den Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Sportvereinen, den Jugendverbänden und vielen anderen. Integrierte lokale Strategien sind besonders Erfolg versprechend. Es gilt, künftig noch stärker Brücken zu den Projekten zu schlagen, die sich mit gefährdeten bzw. in der rechten Szene bereits gefestigten Jugendlichen beschäftigen.

Die Bundesregierung wird sich einsetzen für ein ganzheitliches Integrationskonzept, das nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt, auch und gerade für sozial benachteiligte junge Menschen, insbesondere junge Migranten abdeckt, sondern auch Maßnahmen vorsieht, die sich mit den sozialen, kulturellen, religiösen, sprachlichen und länderspezifischen Unterschieden befassen. Positive Zukunftsperspektiven, eine zufrieden stellende Lebensqualität sowie aktives soziales und gesellschaftliches Engagement der jungen Menschen sind wichtige Grundbedingungen, wenn es darum geht, eine Rekrutierung durch radikale Gruppen zu verhindern. Länder und Kommunen müssen im Sinne der Nachhaltigkeit und der Verstetigung stärker mit ins Boot geholt werden. Auch ist die Bundesregierung bestrebt, den Dialog mit den Kirchen, Glaubensgemeinschaften und religiösen Vereinigungen auf einer soliden Grundlage zu intensivieren.

Kinder- und Jugendhilfe

Die Handlungsfähigkeit der nach dem SGB VIII verantwortlichen Kommunen muss gestärkt werden, um die Gestaltungsspielräume für Prävention und ambulante Maßnahmen zu erweitern (Prävention statt Reparatur). Die Koalitionspartner verabreden, die durch das KICK geänderten Bestimmungen des SGB VIII nach Ablauf des Jahres 2006 zeitnah zu evaluieren und, wo dies nötig ist, erneute Anpassungen vorzunehmen, um Fehlsteuerungen zu vermeiden. In diesem Zusammenhang ist die Weiterentwicklung des SGB VIII, insbesondere in den kostenintensiven Regelungsbereichen, zu prüfen.

Eine produktive bildungspolitische Wende bedarf der Einbeziehung und wechselseitigen Zusammenarbeit aller Bildungsorte. Nur wenn die Familie, die verschiedenen Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe sowie die berufliche Ausbildung als Orte der Bildung neben der Schule gezielt gefördert werden, verbessern sich Bildungs- und Teilhabechancen junger Menschen.

Wir wollen Anregungen aus dem 12. Kinder- und Jugendbericht aufgreifen und weiter entwickeln. Es gilt,

Kooperationsstrukturen zu verbessern, die jeweiligen Bildungs- und Erziehungsaufträge von Elternhaus, Schule und Jugendhilfe in gemeinsamer Verantwortung wahrzunehmen und künftig die Potenziale effektiver auszuschöpfen, ohne fachliche Ressentiments und auf „Augenhöhe". Jugendhilfe und Schule sind noch besser zu verzahnen. Der Bund wird die Förderung, Vernetzung und den Transfer guter Praxis voranbringen.

Die individuellen und sozialen Kompetenzen junger Menschen wollen wir im Rahmen der Präventionsarbeit im Sinne einer „Peer-Group-Beratung" verstärkt nutzbar machen, zum Beispiel durch Tutoren- und Mentorenprojekte in Kooperation von Jugendverbänden und Schulen.

Die Erziehungskompetenz der Eltern soll durch eine Neuausrichtung der Familienbildung gestärkt werden; auch sog. „bildungsferne" Eltern müssen erreicht werden; hierzu sind insbesondere auch neue Medien verstärkt für Elternbildung und Elternberatung zu nutzen.

Jugendhilfe sollte sich auch unter Effizienzgesichtspunkten entsprechend weiterqualifizieren; dringend muss die Lücke im Bereich der Jugendhilfe-Wirkungsforschung geschlossen werden; Jugendhilfe muss ihre Erfolge auch mit „harten Fakten" beweiskräftiger machen. (...)

Interkulturelle Kompetenz in der Jugendhilfe stärken (S. 117 ff.)

Beim Ausbau und bei der Neukonzeption von Bildungs- und Betreuungsangeboten in und außerhalb der Schule müssen die spezifischen Bedingungen von Migrantenkindern berücksichtigt werden, damit auch sie Chancen auf gute Bildungsabschlüsse haben. Insbesondere die enge Einbeziehung der Eltern durch schulische und außerschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ist für Migrantenkinder wesentlich. Neben einer besseren Kooperation mit Migrantenorganisationen wollen wir die Jugendmigrationsdienste weiterentwickeln. Die Zusammenarbeit der Bildungs- und Betreuungsinstitutionen und der Jugendhilfe im Sinne einer Erziehungspartnerschaft muss verstärkt werden.

Weitere Infos sowie Download des gesamten Koalitionsvertrages unter: www.bundesregierung.de

Rechte Szene auch im Osten out

bund

Studie des Berliner „Archiv der Jugendkulturen": HipHop, Skateboarder und Punks sind am populärsten

Seit 1998 erforscht das Archiv der Jugendkulturen als einzige Einrichtung seiner Art systematisch jugendliche Szenen wie Punks, Skinheads, Gothics, Raver und Fußballfans. Dabei hat der (...) Verein sich international so viel Renommee erarbeitet, dass er als Träger mehrerer Modellprojekte mit europäischer Unterstützung wirken kann. So arbeiten mehr als ein Dutzend freiberuflicher „Trainer/-innen" im Auftrag des Archivs und mit Förderung der Bundesregierung in drei ostdeutschen Bundesländern im Jugendstrafvollzug, um im Rahmen des Projektes „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt" rechtsextreme Gewalttäter davon abzubringen, nach der Haftentlassung gleich wieder rückfällig zu werden.

Im Projekt „Culture on the Road" – u. a. finanziert von der Bundeszentrale für politische Bildung – werden seit vier Jahren Fortbildungen für Pädagogen/-innen, Eltern, Polizisten/-innen und andere Erwachsene sowie Projekttage für Schulen angeboten, bei denen authentische Szene-Angehörige Gleichaltrige zu kreativem Engagement anleiten und zugleich die bunte Vielfalt toleranter und Gewalt ablehnender Jugendkulturen schmackhaft machen sollen. Denn, so Klaus Farin, Leiter des Archivs, „die beste Waffe gegen Rechtsextremismus ist nicht der Kampf gegen Rechtsextreme, sondern die Förderung der toleranten, nicht rechtsextremen Konkurrenz. Dort, wo bunte Jugendkulturen stark sind, haben Rechte in der Regel keine Chance."

Das bestätigt nun auch eine aktuelle Untersuchung des „Archiv der Jugendkulturen". Ihr Fazit: „Die rechte Szene hat ihren Zenit überschritten. Die große Mehrzahl der ostdeutschen Jugendlichen will mit denen nichts mehr zu tun haben." 1001 Schüler/-innen aus allen neuen Bundesländern wurden in der neuen Erhebung des Archiv der Jugendkulturen im Rahmen des „Culture on the Road"-Projektes befragt, 493 Jungen und 508 Mädchen aller Schulformen zwischen 14 und 18 Jahren. Das Ergebnis: Die rechte Szene führt die Antipathie-Skala der ostdeutschen Jugendlichen deutlich an, die Hip-Hop-Szene, Punks und Skateboarder dagegen genießen die größten Sympathien. Die Gründe für die Ablehnung der Rechten: Die extreme Gewaltbereitschaft und ihr oft ebenso extremer Alkoholkonsum schrecken die Gleichaltrigen ab. Und: Die „Konkurrenz" ist einfach attraktiver. So entscheiden sich schon 14-Jährige eher für die bunten statt braunen Szenen. „Obwohl die Erwachsenengesellschaft überwiegend davon überzeugt ist, dass die heutige Jugend immer gewalttätiger und moralisch-ethisch orientierungsloser wird, ist das Gegenteil richtig", lautet das Fazit des Jugendforschers Klaus Farin. „Die Jugend ist besser als ihr Ruf. Keine Generation lehnt Gewalt und Intoleranz so sehr ab wie die Jugendlichen, keine legt so viel Wert auf Fairplay, Toleranz und ein gewaltfreies Miteinander. Würden mehr Erwachsene so denken wie die Jugend, wäre unsere Gesellschaft eindeutig zivilisierter." (erstellt am 01.12.2005)

Kontakt: Archiv der Jugendkulturen e.V. Fidicinstraße 3, 10965 Berlin, Telefon 030/6942934, Telefax 030/6913016 E-Mail: archiv@jugendkulturen.de www.jugendkulturen.de

Kompetenzagenturen

Vorfahrt für benachteiligte Jugendliche

Staatssekretär im Bundesjugendministerium Gerd Hoofe: Kompetenzagenturen bieten Sprung in Ausbildung oder Qualifizierung

Der Erfolg der bundesweit 16 Kompetenzagenturen für besonders benachteiligte Jugendliche ist beachtlich: 90 Prozent der Absolventen haben den Sprung in eine Ausbildung oder Qualifizierungsmaßnahme geschafft. Die individuelle Betreuung der fast 4.800 Jugendlichen im Modellprogramm „Kompetenzagenturen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist für Staatssekretär Gerd Hoofe vorbildlich: „Wir müssen gerade den benachteiligten Jugendlichen eine gute Starthilfe ins Berufsleben geben. Die Jugendhilfe ist mit den Kompetenzagenturen ein wichtiger Baustein, um die Arbeitsagenturen vor Ort zu unterstützen. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Jugendliche in Arbeit zu bringen.“ Dies hob der Staatssekretär anlässlich der heutigen Tagung „Erreichen, halten und vermitteln“ des Bundesministeriums zu den Erfolgen der Kompetenzagenturen hervor.

Das Modellprogramm hat zum Ziel, besonders benachteiligte junge Menschen trotz großer persönlicher, sozial- und bildungsbedingter Handicaps in Ausbildung, Arbeit oder Maßnahmen zu vermitteln. In 16 Kompetenzagenturen werden Jugendliche erreicht, die sich zum großen Teil selbst nicht (mehr) an die Angebote der Hilfssysteme wenden. Als schwierig gelten diese Jugendlichen deshalb, weil bei ihnen gleich ein ganzes Bündel von Problemen zusammenkommt: Sie sind drogenabhängig und straffällig zugleich, haben vielfach Abbrüche von Beziehungen erfahren, keinen Kontakt zur Familie, sind wohnungslos und verschuldet. 38 Prozent der jungen Menschen haben Migrationshintergrund (West 48 Prozent, Ost vier Prozent) und besuchen die Hauptschule. 63 Prozent der jungen Menschen benötigen eine vertiefte Einzelfallhilfe, das so genannte Case Management. Sprachförderung, die Lösung sozialer Probleme und Angebote der schulischen und beruflichen Integration werden aufeinander abgestimmt, um Maßnahmeschleifen und unnötige Wartezeiten zu verhindern. Die Jugendlichen werden individuell begleitet, um soziale Stabilisierung und berufliche Integration gleichermaßen zu erreichen.

Der Aufwand des Case Managements lohnt: Etwa jeder Dritte (31 Prozent) hat das Fallmanagement regulär beendet nach durchschnittlich acht Monaten. Davon konnten 47 Prozent in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit in Ausbildung oder Arbeit gebracht werden. Weitere 47 Prozent der jungen Menschen besuchen eine weiterführende Schule oder eine Integrationsmaßnahme. Nur in wenigen Fällen musste die Begleitung unterbrochen werden, weil z. B. Haftstrafen angetreten wurden oder eine Rückkehr in das Heimatland erfolgte.

Die Kompetenzagenturen haben vor Ort mit der hohen Vermittlungsquote Anerkennung geerntet: Bereits ein Jahr vor Ablauf der Programmförderung steht fest, dass in jedem Fall sechs von ihnen ab September 2006 weitergeführt werden. Auch

Das Modellprogramm „Arbeitsweltorientierte Jugendsozialarbeit. Modellphase: Kompetenzagenturen (2002 – 2006)

Das Modellprogramm gibt den Anstoß für den Aufbau von Kompetenzagenturen, die als fachlich anerkannte Dienstleister eine zentrale Vermittlungs- und Lotsenfunktion zur beruflichen und sozialen Integration besonders benachteiligter Jugendlicher an sozialen Brennpunkten und in strukturschwachen ländlichen Regionen einnehmen. Diese Agenturen entwickeln und etablieren geeignete Konzepte des Zuganges für die Jugendlichen, die für bisherige Angebote nicht oder nur schwer erreichbar waren.

Mit den einzelnen Jugendlichen wird durch Profiling und den anschließenden individuellen Entwicklungsplan festgelegt, welche eigenständigen Leistungen des Jugendlichen gefordert sind und an welchen Stellen Förderung möglich ist. Die Kompetenzagenturen zielen auf eine „passgenaue“ soziale und berufliche Integration, indem sie Beratungs-, Unterstützungs- und Vermittlungsleistungen anbieten. Die enge Einbindung in bestehende Netzwerke ermöglicht, Angebotsdefizite festzustellen und Vorschläge für deren Beseitigung zu machen.

Innovationen und Aktualität des Programms. – In ihrer präventiven Orientierung nehmen die Agenturen die Probleme von Schulmüdigkeit, Schulverdrossenheit und Schulverweigerung zum Anlass, eng mit den Akteuren des ersten Bildungssystems zu arbeiten und damit Maßnahmekarrieren im Ansatz zu verhindern.

Die Kompetenzagenturen richten ihre Unterstützung an den individuellen Multiproblemlagen besonders benachteiligter Jugendlicher aus. Unterstützt durch die Methoden „Case Management“ und „Coaching“ verfolgen sie einen am Individuum ausgerichteten Unterstützungs- und Förderungsansatz auf der Basis geeigneter Kompetenzfeststellungsverfahren.

Zur Aktivierung der Selbsthilfepotenziale der Jugendlichen werden die Ressourcen des Elternhauses und des familiären Umfeldes systematisch in die Unterstützungsplanung mit einbezogen und umfassend gefördert.

Kontakt: INBAS GmbH, Regiestelle Kompetenzagenturen, Herrnstraße 53, 63065 Offenbach am Main
Telefon: 069/27224-0, Telefax: 069/27224-30
E-Mail: regiestelle@kompetenzagenturen.de
Infos & Materialien unter:
www.kompetenzagenturen.de

für die übrigen bestehen ausgesprochen gute Aussichten. Finanziert werden sie künftig von den Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagentur und Kommunen ebenso wie in Kooperation der Kommunen und Landkreise, unter Federführung der Jugendhilfe.

Staatssekretär Gerd Hoofe: „Das Case Management der Kompetenzagenturen hat sich als äußerst wirksam für die berufliche und soziale Integration von jungen Menschen – gleich welcher Herkunft – erwiesen. Uns ist gelungen, was sonst selten glückt: Das Konzept der Kompetenzagenturen wird vielerorts übernommen, noch ehe das Modellprogramm endet - eben weil es sich an den bundesweit 16 Standorten als erstaunlich effektiv herausgestellt hat. Vorfahrt für Jugendliche heißt, keinen zurückzulassen und jeden individuell zu fördern und zu fordern."

www.bmfsfj.bund.de
01.12.2005

Werkstattbericht

„Strategien und Methoden der Kompetenzagenturen. Aus der Praxis des Modellprogramms: Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit"

Die Publikation gibt den aktuellen Entwicklungsstand des Modellprogramms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit – Modellphase: Kompetenzagenturen" wieder. Neun der insgesamt fünfzehn Kompetenzagenturen stellen Schwerpunkte ihres spezifischen Case Management Ansatzes vor. Sie berichten u.a. über bewährte Strategien und Methoden der Kompetenzfeststellung, die Prävention von Schulverweigerung, Ansätze aufsuchender Arbeit und vernetzte Zusammenarbeit. Ein Artikel widmet sich Empfehlungen zu den Case Management Phasen Beziehungsaufbau, Kompetenzfeststellung und Hilfeplanung, die von Mitarbeiter/innen der Kompetenzagenturen in drei Arbeitsgruppen erarbeitet wurden.

Erste Erkenntnisse der bei der INBAS GmbH angesiedelten Regiestelle, der die Organisation und Koordination des Modellprogramms obliegt und des Deutschen Jugendinstituts, welches das Projekt wissenschaftlich begleitet, schließen die Dokumentation ab.

Der Werkstattbericht zum Download unter www.kompetenzagenturen.de
Als Printversion zum Selbstkostenpreis von 12,- Euro bei: cress@inbas.com

Neue Wege für Jungs

Bundesweites Pilotprojekt zur Berufs- und Lebensplanung mit Schülern

von Miguel Diaz

Ziele des Projektes

Das Vernetzungsprojekt *Neue Wege für Jungs* ist als bundesweites *Pilotprojekt* konzipiert. Es regt lokale Initiativen zu spezifischen Angeboten für männliche Schüler an, die sich an den Bedürfnissen von Jungen beim Übergang Schule und Beruf orientieren. Eine Zusammenstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu diesem Themenfeld wird in Form einer Expertise erstellt und Basis für die konzeptionelle Entwicklung der pädagogischen Angebote sein. Bereits bestehende Initiativen und Projekte für Jungen ab Klasse 5 zur Berufswahl und Lebensplanung sowie Angebote für Jungen am „Girls´Day – Mädchenzukunftstag" werden damit erstmals gebündelt und verstetigt, Multiplikatoren erhalten Unterstützung und profitieren von bundesweiter Vernetzung und Dialog. Jungenspezifische Praxismodelle zielen auf die ganzheitliche Förderung, d.h. die *Erweiterung des Berufswahlspektrums* von Jungen, die *Flexibilisierung männlicher Rollenbilder* und die *Stärkung der Sozialkompetenz*. Konzepte für Jungen können nicht aus der Praxis der Mädchenförderung übernommen werden, deshalb unterstützt das Projekt die Entwicklung neuer jungengerechter Aktionsformen.

Das eingerichtete *Service-Büro Neue Wege für Jungs* dient als Plattform für Austausch und Vernetzung für alle Aktiven und richtet sich an Lehrkräfte, soziale Fachkräfte, Berufsberatende, Personal- und Ausbildungsverantwortliche und Eltern. Eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Bundeskoordinierungsstelle des „Girls´Day – Mädchen-Zukunftstags" ist gewährleistet. Das Projekt *Neue Wege für Jungs* wird mit einer Laufzeit vom 01.02.2005 - 31.12.2007 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Hintergründe des Pilotprojektes

Ergebnisse der PISA-Studie rücken die Bildungs- und Berufschancen von Jungen ins Blickfeld. Strukturelle Arbeitsmarktveränderungen betreffen einige bisher traditionell männliche Berufsfelder in der industriellen Produktion und im Baugewerbe. Die Anforderungen an Berufe im wachsenden Wissens- und Dienstleistungssektor nehmen zu. Eine geschlechterstereotype Berufswahl von Teilgruppen der Jungen (Hauptschüler, Migranten) ist angesichts dieser Veränderungen verbunden mit sinkenden Zukunftschancen auf dem Arbeitsmarkt. Eine Flexibilisierung der Berufswahl und erweiterte Orientierung sowie die Anpassung an die gestiegenen Anforderungen vor

allem im Bereich der sogenannten Soft Skills kann neue Perspektiven für Jungen eröffnen. Die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen fordert zudem verstärkt eine partnerschaftliche Teilung der Familien- und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer und eine Neuorientierung der männlichen Rolle. Auch die Feminisierung der Erziehung und Bildung wird zunehmend problematisiert und fördert die öffentliche Diskussion um mehr Präsenz von Männern in den bislang eher untypischen Berufsbereichen und in der privaten Fürsorge. Verschiedene außerschulische Initiativen haben bereits im Vorjahr am „Girls´ Day – Mädchen-Zukunftstag" spezielle Jungenaktion angeboten, einzelne Schulen praktizieren bereits spezifische Modelle getrennt für Jungen und Mädchen. Diese Erfahrungen und weitere Projekte sollen ausgewertet und konstruktiv in die Diskussion um eine zielgerichtete moderne Berufsorientierung in und außerhalb von Schule eingehen. Jungen sollen die Möglichkeit erhalten, Chancengleichheit und Rollenvielfalt als persönlichen Gewinn für das spätere Leben zu erfahren.

Aktueller Projektstand

Netzwerk: Das bis dato aufgebaute Netzwerk umfasst bundesweit 27 Initiativen, die zu den Themenschwerpunkten Berufswahlorientierung, Rollenvorstellungen und Vermittlung von Sozialkompetenz Angebote für Jungen bereitstellen und sich als Ansprechpartner für Interessierte zur Verfügung stellen. Ziel ist, die Anzahl der regionalen Initiativen im Netzwerk kontinuierlich zu erhöhen. Ein erstes Vernetzungstreffen fand Mitte Juli 2005 in Bielefeld statt, das zweite bundesweite Treffen findet vom 19. bis 20. Januar 2006 in Frankfurt/Main statt.

– *Öffentlichkeitsarbeit:* Zur Unterstützung der aktiven Initiativen und Projekte werden Leitfäden zur Durchführung von Projekten und Angeboten in der Schule und außerschulischen Orten sowie Materialien (z.B. Infoflyer, Poster) zur Bewerbung des Vorhabens bis Frühjahr 2006 entwickelt und kostenlos auf Anfrage versandt.
– Mit *„Fort-Schritte wagen!"* startete das Pilotprojekt *Neue Wege für Jungs* einen bundesweiten Wettbewerb. Mit knapp 40.000 Euro werden vorbildhafte Projekte und Ideen gefördert, die Jungen neue Wege und Perspektiven für die Berufs- und Lebensplanung aufzeigen. 25 x 1.500 Euro stehen bereit, um Konzepte und Aktionsformen auszuzeichnen. Angesprochen sind insbesondere Lehrkräfte, soziale Fachkräfte, Berufsberatende, Fachkräfte der Jugendarbeit sowie Eltern. Aber auch Unternehmen und Betriebe sowie Jugendliche selbst können vorbildhafte Projekte entwickeln und bis *zum 16. Januar 2006* einreichen. Die Entscheidung über die Gewinnerinnen und Gewinner trifft eine Fachjury. Am 17. Februar 2006 findet die feierliche Preisverleihung in Berlin statt. Die prominenten Paten Ralf Zacherl, Karsten Blumenthal und Thomas Gesterkamp vergeben zusätzlich drei Sachpreise für besonders innovative Ideen. Teilnahmebedingungen sowie weitere Informationen stehen im Internet unter *www.neue-wege-fuer-jungs.de/servicebuero/wettbewerb* bereit.
– *Homepage:* Auf der Homepage *www.neue-wege-fuer-jungs.de* werden Informationen zum Projekt und Hintergrunddaten zur Verfügung gestellt. Als Ideenbörse für Aktionen mit Jungen und Anregung für Interessierte bietet die kontinuierlich wachsende *Gute-Beispiele-Datenbank* Recherchemöglichkeiten. Im November 2005 wurde die Seiten des Projekts über 43.000 mal aufgerufen und den regelmäßigen Newsletter-Service des Projekts mit aktuellen Informationen zum Projekt und darüber hinaus zum Themenspektrum der Berufs- und Lebensplanung für Jungen abonnieren zur Zeit 314 Abonnentinnen und Abonnenten.

Projektausblick

Anfang 2006 wird der *Fachbeirat* zu seiner ersten konstituierende Sitzung zusammen treffen. Dieser stellt eine Art Bindeglied zwischen Politik, Wissenschaft, Service-Büro und fachspezifischen Einrichtungen sowie Verbänden dar. In ihm sind Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Jugendhilfe und den Wohlfahrtsverbänden, den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften, der Bundesagentur für Arbeit, dem Bereich Wissenschaft und Forschung und der außerschulischen Männer- und Jungenarbeit bzw. Jungenforschung vertreten. Weiterhin werden Kooperationen mit Verbänden und Fachinstitutionen angestrebt, die die Ziele des Modellprojektes unterstützen.

Die *wissenschaftliche Begleitforschung* wird eine Expertise zum aktuellen Stand der Forschung für das Modellprojekt erstellen sowie ein Konzept zur Evaluierung von Programmen und Angeboten für Jungen vorlegen. Die Ergebnisse der Expertise werden auf dem Vernetzungstreffen im Januar 2006 präsentiert. Die Evaluation von Programmen erfolgt fortlaufend bis Projektende.

Das Service-Büro

Eine Beratung bei Planung und Umsetzung jungengerechter Aktionsformen erfolgt durch das Service-Büro per Telefon, eMail oder nach Bedarf vor Ort. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Servicebüros sind ist Montag – Freitag von 9.00-17.00Uhr zu erreichen. Eine Präsentation der Anliegen des Projektes auf Fachveranstaltungen und Messen erfolgt auf Anfrage. Es ist beim Kompetenzzentrum Technik - Diversity - Chancengleichheit (TeDiC) e.V. angesiedelt.

Service-Büro „Neue Wege für Jungs", Miguel Diaz M.A., Projektkoordination, Doro-Thea Chwalek, Projektleitung, Saskia Wolter, Online-Redaktion, Christina Mersch, Öffentlichkeitsarbeit, Wilhelm-Bertelsmann-Straße 10, 33602 Bielefeld.

Kontakt M. Diaz: Telefon 0521/106-7360, Telefax 0521/106-7171, E-Mail: diaz@neue-wege-fuer-jungs.de

© 2005 Kompetenzzentrum Technik - Diversity - Chancengleichheit (TeDiC) e.V.

Die Vensterschoulen in Holland

Eindrücke anlässlich eines Besuchs holländischer Fachkräfte in Köln

von Juliane Kosser

Mitarbeiter/-innen des Landesjugendamtes Rheinland und holländische Fachkräfte von den Vensterscholen (zu übersetzen als: Fensterschule oder auch Gemeinschaftsschulen) aus Groningen trafen sich am 24.10. und 25.10.2005 in Köln zum Thema „Ganztägige Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen". Im Zentrum stand der Vergleich zwischen der Ganztagsschulentwicklung in NRW und den Vensterscholen in Groningen.

Die holländischen Fachkräfte waren nach Köln gekommen, um sich vor Ort über die Situation in Einrichtungen und Schulen zu unterrichten und auszutauschen. Der Besuch der holländischen Gäste gab uns – d.h. den Mitarbeiter/-innen des Landesjugendamtes – die Möglichkeit, Einblicke in die vernetzende Arbeit von Jugendhilfe und Schule in Nordrhein-Westfalen zu gewähren.

Um die Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder im Vorschulalter, im Grundschulalter sowie für Kinder im Sekundar- und außerschulischen Bereich deutlich zu machen, besuchten wir die Martin-Luther-King Schule in Weiden, die Gemeinschaftsgrundschule Balthasarstraße, die Jugendfreizeitstätte St. Anna in Ehrenfeld sowie den Kinderschutzbund Köln. Die Bereitschaft zur Öffnung von Schulen sowie die konkrete Praxis verschiedener Kooperationsformen und -anlässe konnten an den beiden Tagen vorgestellt werden.

Fragen zur Kooperation der Träger von Jugendhilfeeinrichtungen mit Schulen, zur kommunalen Organisation der Betreuungs- und Förderangebote für Kinder, zur Integration von Familien/Kindern mit Migrationshintergrund und zur Einbeziehung der Nachbarschaft standen immer wieder im Mittelpunkt der gemeinsamen Gespräche. Die dabei einfließenden Berichte unserer Gäste über die Praxis und Angebotsformen in Holland ließen Vergleiche zum niederländischen und deutschen System zu.

Die Chancenverbesserung für Kinder, Optimierung der Bildungsaussichten und verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern bestimmen in Holland ebenso das Handeln wie in Nordrhein-Westfalen. Doch die Herangehensweise ist an einigen Punkten eine andere.

Schulen im Sozialraum

In den Niederlanden besteht schon seit längerer Zeit ein (Vor-)Sorgesystem innerhalb der Nachbarschaft, welches viel selbstverständlicher und intensiver die Zusammenarbeit verschiedener Akteure zulässt. Die Öffnung von Schule wird in Nordrhein-Westfalen durch Initiativen und Programme des Landes systematisch eingeleitet. Bisher war es nicht üblich, die Bildungsarbeit innerhalb der Schule mit außerschulischen Partnern kooperativ zu planen und zu gestalten; auch die Transparenz in die sog. „inneren Schulangelegenheiten" war für z.B. Jugendhilfeträger, aber auch die Kommunenm als Schulträger in der Regel nicht gegeben.

Unsere holländischen Gäste haben uns von zehn Vensterscholen in Groningen berichtet, die es in zehn von insgesamt zwölf Bezirken gibt und die seit 1995 eingeführt werden. In den Vensterscholen werden ca. 65% der Kinder aus Groningen erreicht.

Die Vensterschole ist mehr als eine Schule. Sie ist eine Kombination aus mindestens einer Schule und vielen weiteren „außerschulischen" Einrich-

tungen im Sozialraum, in dem die Schule angesiedelt ist. Für Kinder vom ersten bis zum 15 Lebensjahr, ihre Eltern und andere Einwohner wird ein gemeinschaftliches Angebot von Unterricht, Erziehung, Gesundheitswesen, Musik, Sport und Spiel bereitgestellt. Trotzdem stehen die Kinder im Mittelpunkt, denn für sie soll in Verbindung mit verschiedenen Einrichtungen eine bessere Förderung und Betreuung ermöglicht werden.

Die Kooperationspartner

Unterschiedliche Kooperationspartner wie z.B.
- Grundschulen,
- weiterführenden Schulen,
- Kindertagesstätten,
- Bibliotheken,
- Beratungsstellen,
- Gesundheitszentrum,
- Sportvereine,
- Musikschulen,
- Naturmuseen,
- Kunstzentrum

und Viele mehr werden an einem Standort auf einem Areal zusammengeführt, damit von allen Akteuren aus Erziehung und Bildung an einem einheitlichen Strang gezogen werden kann.

Berufstätige Eltern können von 7 Uhr bis 18 Uhr ihre Kinder in der Vensterschole unterbringen und sicher sein, dass sie gefördert werden, Hausaufgaben erledigt sind und die Freizeit der Kinder und Jugendlichen sinnvoll gestaltet wird. Sie können zwischen regulärer und flexibler Nachmittagsbetreuung sowie einer Ferienbetreuung wählen.

Suchen Eltern Auskunft oder Ratschläge über das Heranwachsen ihrer Kinder und/oder in Erziehungsfragen haben, stehen ihnen Fachkräfte aus unterschiedlichen Einrichtungen – Erziehungsberatung, Erwachsenenbildung oder auch kulturelle Vermittlung für Eltern mit Migrationshintergrund– in einem Gebäude zur Verfügung, die eng miteinander verzahnt arbeiten.

Auch die Zusammenarbeit mit den Eltern stellt einen wichtigen konzeptionellen Baustein dar. Die Eltern werden in die Gestaltung verschiedener Aktivitäten/Angebote der Vensterscholen mit einbezogen (z.B. kulturelle Angebote für Familien/Kinder mit Migrationshintergrund.

Die Öffnung der Vensterscholen, insbesondere durch einen architektonisch einladenden Stil, und die Vernetzung diverser Bildungseinrichtungen ermöglicht allen Beteiligten (insbesondere den Eltern), Fragen, Wünsche und Bedürfnisse offen darzulegen und bei Bedarf Unterstützung zu erhalten. Vorteilhaft ist ebenso die Zusammenarbeit der verschiedenen Professionen und Akteure, wenn es darum geht, neue Ideen, Projekte und ergänzende Hilfen zu entwickeln.

Die Organisationsstruktur

Die Organisation der Fensterschulen (siehe Abb. 1) übernimmt eine Regiegruppe der Gemeinde. Deren Aufgabe ist:
- die Entwicklung des Konzepts der einzelnen Vensterschole,
- die Beseitigung von Hindernissen, die der Durchführung im Wege stehen und
- die Begleitung der weiteren Entwicklung und die Qualitätsüberwachung.

In dieser Gruppe wird ein Projektleiter gewählt, der dem Schulsystem angehört und die Aufgaben der Gruppe koordiniert.

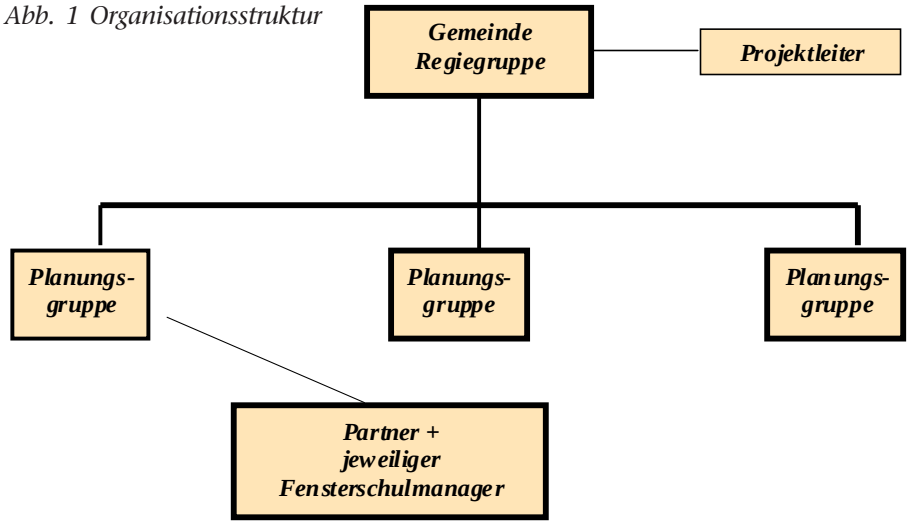
Mitglieder der Regiegruppe sind zudem Fachkräfte aus allen Organisationen und Einrichtungen der einzelnen Vensterschole, die sich zudem in Planungsgruppen zusammenschließen. Ihre Aufgabe ist es, den laufenden Betrieb abzustimmen und die Durchführung von besonderen Aktivitäten zu planen und zu begleitenen. Vorsitzender einer jeden Planungsgruppe ist der Vensterschole-Direktor (bzw. -Manager). Er begleitet die Zusammenarbeit, koordiniert und steuert die Entwicklung und Gestaltung des Konzepte der Vensterschole.

Ein Resümee

Für alle Beteiligten war der Besuch in Köln ein voller Erfolg.

Durch die Rückmeldungen wurde deutlich, dass unsere holländischen Gäste den Besuch sehr genossen haben. Beeindruckend fanden sie die Zusammenarbeit zwischen der Martin-Luther-King Schule und den verschiedenen außerschulischen Partnern, auch aus der Wirtschaft – sowie die Art und Weise, wie die Lehrkräfte sich um ihre Partner bemühen. Für uns hat der Austausch mit den Kollegen/-innen aus Groningen neue Erkenntnisse und Anregungen gebracht - und den Wunsch, die Vensterscholen bei einem Gegenbesuch demnächst kennenklernen zu können.

Abb. 1 Organisationsstruktur



Informationen zu den Vensterscholen gibt es im Internet unter: www.groningen.nl/vensterschool/

Kontakt: juliane.kosser@lvr.de

Europäischer Pakt für die Jugend

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe

Der Europäische Pakt für die Jugend als Teil der Lissabonstrategie

Der Europäische Pakt für die Jugend hat das erklärte Ziel, alle jungen Menschen gesellschaftlich und beruflich zu integrieren und die Rahmenbedingung für Familiengründungen zu verbessern. Er wurde im November 2004 von den vier Regierungschefs Frankreichs, Spaniens, Schwedens und Deutschlands ins Leben gerufen und vom Europäischen Rat in Brüssel im März 2005 als fester Bestandteil in die erneuerte Lissabonstrategie, Europa zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, aufgenommen. Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) begrüßt den Europäischen Pakt für die Jugend ausdrücklich, bedeutet dieser doch eine erstmalige jugendpolitische Befassung des höchsten Entscheidungsgremiums der EU und die Verankerung von ausdrücklich jugendspezifischen Zielen in die zentrale längerfristige europäische Politikstrategie von Lissabon. (...)

Der Europäische Pakt für die Jugend bietet aus Sicht der AGJ die Chance, mit einem integrierten strategischen Konzept einen jugendpolitischen Querschnittsansatz, wie er auch bereits im Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit („Weißbuchprozess“) als notwendig erachtet wurde, auf EU-Ebene zu stärken und politisch zu verankern. Die Einbeziehung der Jugend bei der Umsetzung der nationalen Lissabon-Reformprogramme kann zukunftsgerichtet dazu beitragen, eine stärker an den Bedürfnissen junger Menschen orientierte europäische Gesellschaft zu entwickeln.

Die Umsetzung des Jugendpaktes aus europäischer Sicht

(...) Für die nächsten drei Jahre wurden im Zusammenhang mit der Lissabonstrategie folgende primäre Handlungsfelder festgelegt (...):

Im Bereich „Beschäftigung, Integration, sozialer Aufstieg“ sollen die Mitgliedstaaten in folgender Richtung tätig werden:

- die Jugendarbeitslosigkeit verringern,
- Beschäftigungspfade öffnen,
- personalisierte Aktionspläne mit Unterstützung bei der Arbeitssuche, Beratung und Weiterbildung entwickeln,
- die Lage besonders benachteiligter Jugendlicher verbessern, insbesondere der in Armut lebenden Jugendlichen, sowie die Initiativen zur Verhinderung des Schulabbruchs vorrangig zu behandeln.

In der Aktionslinie „allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität“ sind die Mitgliedstaaten zu folgendem aufgefordert:

- Verringerung der Anzahl der Schulabbrecher
- Verbesserung des Zugangs zur Berufsbildung und -ausbildung, einschließlich der Lehrlingsausbildung und der Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen
- Entwicklung von Rahmenbedingungen zur Unterstützung von Transparenz sowie der Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen und zur Validierung des nichtformalen und informellen Lernens
- Umsetzung des Europass-Beschlusses durch die Mitgliedstaaten, mehr Transparenz und Informationen zur Verfügung stellen, um das Arbeiten und Studieren im Ausland zu erleichtern
- ab 2007 Aktionen zur Verbesserung der geografischen und beruflichen Mobilität Jugendlicher im Zusammenhang mit dem europäischen Aktionsplan Mobilität.

Im Bereich Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben sollen die Staaten mehr zugängliche und erschwingliche Kinderbetreuungseinrichtungen von hoher Qualität sowie entsprechende Möglichkeiten für die Betreuung von anderen abhängigen Personen bereitstellen. Außerdem sollen neue Formen der Arbeitsorganisation entwickelt werden, wie z. B. Gleitzeitarbeit, Telearbeit, Mutterschafts- und Elternurlaub usw.

Die Umsetzung des Jugendpaktes in Deutschland

Damit der Europäische Pakt für die Jugend zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen beiträgt, muss die nationalstaatliche Umsetzung politische und programmatische Realität werden. Die AGJ betont die Notwendigkeit einer verstärkten Berücksichtigung junger

Menschen im deutschen Lissabonprogramm und unterstreicht die erforderliche Beteiligung von jugend(hilfe)politischen Strukturen und Jugendlichen an der deutschen Programmplanung und Umsetzung.

Die AGJ empfiehlt bei der nationalen Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend folgendes zu berücksichtigen:

– Das Bundesjugendministerium sollte die Umsetzung des Paktes federführend begleiten.
– Effektive Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zwischen Bund und Bundesländern sowie der kommunalen Ebene, die jeweils die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigen, sind notwendig.
– Eine effektive Beteiligung der Bundesländer an der Umsetzung des Paktes sollte in den Bereichen gewährleistet werden, die in ihrem politischen Verantwortungsbereich liegen.
– Die ressortübergreifende Zusammenarbeit sollte im Sinne des Paktes gestärkt werden.
– Bei der Umsetzung des Paktes sollten gemeinsam mit Jugendlichen, Verbänden, Organisationen und Einrichtungen ernst zu nehmende und politisch wirksame Partizipationsformen entwickelt werden.
– Die Beteiligung an der Umsetzung des Paktes bedeutet gleichzeitig die Beteiligung an der jährlichen Überprüfung der Umsetzungsfortschritte der Lissabonstrategie und ggfs. die Festlegung weiterer Handlungsempfehlungen. Das Verfahren sollte seitens der Strukturen der Kinder- und Jugend(hilfe)politik begleitet werden.
– Die Inhalte und Maßnahmen zur Umsetzung jugendpolitisch relevanter Lissabonleitlinien (Jugendpakt) sollten bei der Programmplanung für den zukünftigen ESF-Einsatz in Deutschland sowohl national als auch auf Länderebene in Form von Förderschwerpunkten ausreichend Berücksichtigung finden.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, Berlin, Juni 2005

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), Sabine Kummetat, Mühlendamm 3, 10178 Berlin. Telefon 030/40040200, E-Mail:agj@agj.de

Studie: Kinder und Jugendliche in Deutschland von der Politik enttäuscht

Bertelsmann Stiftung: Mitwirkungsmöglichkeiten in Schulen und Kommunen müssen verbessert werden

Kinder und Jugendliche in Deutschland sind von der Politik enttäuscht. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung der Bertelsmann Stiftung, bei der über 12 000 Schüler/-innen im Alter von 12 bis 18 Jahren nach ihren Mitwirkungsmöglichkeiten und politischen Einstellungen befragt wurden. Der Studie zufolge sind mehr als die Hälfte (52,5 Prozent) der Kinder und Jugendlichen mit der Politik unzufrieden oder sehr unzufrieden. Mehr als zwei Drittel der Befragten (68,5 Prozent) gaben an, von Politiker(inne)n nicht ernst genommen zu werden. Dennoch würden sich 78 Prozent der jungen Menschen bei besseren Bedingungen stärker engagieren.

Die Studie identifiziert Faktoren, mit denen die Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in den Kommunen verbessert werden können: Wichtig seien positive Partizipationserfahrungen in Schule, Verein und Kommune, umfassende Information über Mitwirkungsmöglichkeiten, das Zutrauen in die eigene Kompetenz, ein engagierter Freundeskreis und der eigene Wunsch, etwas verändern zu wollen. Heribert Meffert sieht vor allem die Kommunen und die Schulen in der Pflicht: „In diesem Erfahrungsfeld entscheidet sich auch, welche Einstellungen junge Menschen zu Politik und Demokratie entwickeln."

Die Studie wurde unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Reinhard Fatke vom Pädagogischen Institut der Universität Zürich durchgeführt. Sie ist Bestandteil des Projektes „mitWirkung!", das die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit UNICEF und dem Deutschen Kinderhilfswerk ins Leben gerufen hat. Ziel dieser Initiative ist es, Kinder- und Jugendbeteiligung zu stärken.

Kontakt: Sigrid Meinhold-Henschel, Telefon: 05241 81-81252 E-Mail: sigrid.meinhold-henschel@bertelsmann.de

EU definiert Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen

Als weiteren Schritt im Arbeitsprogramm „Allgemeine und Berufliche Bildung 2010“ hat die Europäische Kommission dem Rat und dem Parlament einen Vorschlag für die Definition von Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen vorgelegt. Das Papier soll als „Europäischer Referenzrahmen“ für den Kompetenzerwerb dienen.

Im Rahmen des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“, einem Teil der Lissabon-Strategie, sollten ursprünglich „Grundfertigkeiten“ ermittelt und der Frage nachgegangen werden, wie diese gemeinsamen mit den traditionellen Fertigkeiten in die Lehrpläne integriert, erworben und ein Leben lang bewahrt werden können. Die mit dem Arbeitsprogramm befasste Arbeitsgruppe entschied sich im Verlauf ihrer Arbeit für den Begriff „Kompetenzen“, da dieser sich auf eine Kombination aus Kenntnissen, Fähigkeiten und Einstellungen bezieht, und für den Begriff „Schlüsselkompetenzen“, um die von allen benötigten Kompetenzen zu definieren. Der Begriff schließt also die Grundfertigkeiten ein, geht jedoch über sie hinaus. Er schließt außerdem an die Begrifflichkeit der einschlägigen internationalen Bildungsstudien an.

Der von der Kommission nun zur Beratung vorgelegte Vorschlag präsentiert diesen europäischen Referenzrahmen für Schlüsselkompetenzen. Die Arbeit will alle wesentlichen Kompetenzen zusammenführen und einen Kontext für weitere Schritte im Arbeitsprogramm und für die Bildungs- und Berufsbildungsprogramme der Gemeinschaft, einschließlich der Validierung von Kompetenzen und der Vergleichbarkeit von Bildungsergebnissen, liefern. Die Arbeit ist eng mit den laufenden Arbeiten zum Europäischen Qualifikationsrahmen und mit Initiativen, die die Transparenz und die Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen stärken sollen (z. B. Grundsätze für die Validierung nicht formalen und informellen Lernens, Leistungspunktesysteme) verbunden.

Das Papier definiert acht Schlüsselkompetenzen, die „notwendig für den sozialen Zusammenhalt, die Beschäftigungsfähigkeit und die persönliche Entfaltung“ sein sollen:

1. Muttersprachliche Kompetenz
2. Fremdsprachliche Kompetenz
3. Mathematische Kompetenz und grundlegende naturwissenschaftlich-technische Kompetenz
4. Computerkompetenz
5. Lernkompetenz („Lernen lernen“)
6. Interpersonelle, interkulturelle und soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz
7. Unternehmerische Kompetenz
8. Kulturelle Kompetenz

Besonders interessant sind die „interpersonelle, interkulturelle und soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz“, die den gesamten Bereich interkulturellen Lernens und politischer Bildung umfassen. Die Kompetenzen sollen „alle Formen von Verhalten betreffen, die Personen ermöglichen, in effizienter und konstruktiver Weise am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilzuhaben, insbesondere in zunehmend heterogenen Gesellschaften, und gegebenenfalls Konflikte zu lösen. Bürgerkompetenz rüstet den Einzelnen dafür, umfassend am staatsbürgerlichen Leben teilzunehmen, ausgehend von der Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen Konzepte und Strukturen und der Verpflichtung zu einer aktiven und demokratischen Beteiligung.“

Der vorliegende Vorschlag ist zwar rechtlich nicht verbindlich, dennoch ist eine Umsetzung auf nationaler, regionaler und/oder lokaler Ebene vom Rat beschlossen. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten daher auf, dafür zu sorgen, dass alle Menschen bis zum Ende ihrer Grund(aus)bildung Schlüsselkompetenzen erwerben, und ermutigt sie, im Lichte der europäischen Referenzniveaus an der Beseitigung von Bildungsbenachteiligungen zu arbeiten. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen das Rahmenwerk auch in Bezug auf die Ausgestaltung der Europäischen Förderprogramme haben wird.

25.11.2005
www.jugendpolitikineuropa.de

LVR Landesjugendamt

„Jungs den ganzen Tag in der Schule: (Wie) Geht das?"

Dokumentation der Konferenz „Praxis der Jungenarbeit 5" erschienen

Im Mittelpunkt der 5. Konferenz „Praxis der Jungenarbeit" (vom 09.12.2004) stand der Blick auf „Jungen und Schule". Dieses Thema ergab sich 2004 für alle, die in Jugendhilfe und Schule in NRW unterwegs sind, in mehrfacher Hinsicht.

– Eine wichtige Rolle spielt die historische Entwicklung von Jungenarbeit. Anfragen nach Angeboten für Schüler aus dem Bereich Schule, insb. von engagierten Lehrerinnen, sind ein wichtiger Impuls für geschlechtsbezogene Praxis.
– Nach der letzten Shell-Jugendstudie und den Ergebnissen der PISA-Studie werden nunmehr Jungs als das benachteiligte Geschlecht in Schule angesehen.
– Der systematische Ausbau der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich , aber auch die Verankerung der Kooperation im Jugendfördergesetz NRW bedeutet, dass Jugendhilfeangebote auch in der Schule oder schulnah stattfinden sollen.
– Jungen brauchen von früh ab männliche erwachsene Bezugspersonen und Vorbilder. Mit Blick auf das Phänomen „abwesender Väter", aber auch wegen des Fehlens männlicher Fach- und Lehrkräfte in Kindertagesstätten und im Primarbereich sind deshalb zwingend geschlechtsbezogene Angebote für Jungen von außerschulischen Fachmännern erforderlich.

Sowohl Lehr- als auch Fachkräfte sollten sich also gefordert sehen, die Jungs als Schüler in den Blick zu nehmen und hier nach Zugängen zu suchen, nach Angeboten und Lernhilfen mit Blick auf die Fragen und Probleme, die Jungen *machen* – vor allem aber mit Blick auf die Fragen und Probleme, die Jungen im Lern- und Lebensraum Schule *haben*.

Das verdeutlicht auch der dokumentierte Fachbeitrag von Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz vom Institut für Erziehungswissenschaft der TU Berlin, der Antworten auf die Fragen bietet: Wie werden Jungen in der Schule wahrgenommen? An welchen Schulstrukturen, an welchen schulischen Kulturmerkmalen können (müssen?) sie scheitern? Warum entwickeln sie sich immer mehr zu Verlierern des Systems Schule? Mit seinen pädagogischen Schlussfolgerungen skizziert er das Bild einer jungenfreundlichen Schule und macht auf notwendige Reformen innerhalb von Schule aufmerksam. – Dass von schulischer Seite in NRW entsprechende Initiativen bereits stattfinden, zeigen die im Anhang dokumentierten Beiträge zur „Schule im Gender Mainstreaming".

Der Beitrag von Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz liefert zugleich Hinweise darauf, welche außerunterrichtlichen Angebote Jungs brauchen, was Jungenarbeit also in der Kooperation mit Schule anbieten kann und muss, sei es im Lern- und Lebensraum Schule – oder aber an anderen Lern- und Erfahrungsräumen. Wie hier konkrete Praxis aussehen kann, verdeutlichen die Beiträge der Foren zu:

– Der Aachener Boys' Day – alternative Berufsbilder für Schüler.
– Jungs in der Hauptschule – Erfahrungen aus dem Projekt „Lecker Schule Klausen".
– Jungenkonferenzen in der Schule – Partizipation geschlechtsspezifisch gestalten.
– Jungenarbeit in der Offenen Ganztagsgrundschule.
– „Willste wat?!" – Selbstbehauptung und Konflikttraining für Jungen an Schulen.

Die Dokumentation bietet wichtige Anregungen und Hilfestellungen für Alle, die bereits miteinander geschlechtsbezogene Angebote planen und durchführen – und ist zugleich ein Impuls für neue Kooperationen, um den Anforderungen und Bedarfen von Jungen und Schülern besser gerecht zu werden.

Bezug gegen einen Kostenbeitrag von 5,- Euro bei: LVR, Dez. 4 „Schule, Jugend", Frau Breyer, 50663 Köln
E-Mail: hendrika.breyer@lvr.de

Tagung „Kind & Sprache"

LVR Landesjugendamt

Über die Notwendigkeit früher Hilfen bei Sprachproblemen

Eine Veranstaltung des Dez. „Schulen, Jugend" im Landschaftsverband Rheinland am 14.3.2006 (13.00 bis ca. 19.30) in Köln

Der logopädische Dienst einer rheinischen Großstadt schätzt, dass inzwischen fast jedes dritte Vorschulkind Sprachauffälligkeiten zeigt, oft behandlungsbedürftige.

In den rheinischen Förderschulen für Sprachbehinderte steigen die Schülerzahlen sprunghaft an.

Diese Entwicklungen geben Anlass zur Sorge, denn auf Grund der zentralen Bedeutung sprachlicher Fähigkeiten für die soziale Rolle, das Selbstwertgefühl und die schulische Laufbahn ist Sprechen eine, vielleicht *die* Kernkompetenz, die über Leistungsfähigkeit, Erfolg und Glück im Leben junger Menschen entscheidet.

Nehmen Sprachprobleme wirklich zu?
Wenn ja, warum?
Wie und wo finden Betroffene Hilfe?
Decken die Hilfsangebote den Bedarf und stimmt die Qualität?

Die Tagung „Kind & Sprache" wird zentrale Inhalte zum Themenkreis Sprachentwicklung / Sprachstörungen aufgreifen und einen Überblick geben über die Bedingungen, die betroffene Kinder, Jugendliche und Ihre Angehörigen aktuell vorfinden.

Fachleute aus unterschiedlichen Berufen und Funktionen werden einen Einblick in ihre Praxis gewähren und über ihre Erfahrungen berichten.

Gespräche mit den Referenten und eine Diskussionsphase bieten den Teilnehmer/Innen Gelegenheit, gemeinsam auf die Suche nach neuen Ideen und Forderungen zur Verbesserung der Hilfeformen, nach weiteren Kooperationsmöglichkeiten oder zu einer noch besseren Prävention zu gehen.

Dazu laden wir Fach- und Lehrkräfte aus Jugendhilfe und Schule herzlich ein!

Infos & Kontakt: LVR, Peter Möller Telefon 0221/809-6311, E-Mail: peter.moeller@lvr.de

Lesekompetenz für das 21. Jahrhundert

Bildungspartner NRW Bibliothek und Schule

Schulministerin Barbara Sommer und Claus Hamacher, Beigeordneter im Schul- und Kulturausschuss des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, eröffneten heute in Dortmund den Kongress „Lesen. Lernen." Der Veranstalter Medienberatung NRW – ein gemeinsames Angebot der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe – hatte in das Kongresszentrum der Westfalenhallen geladen. Etwa 700 Lehrer, politische Entscheidungsträger, Beschäftigte aus Bibliotheken, Medienzentren und kommunalen Kultur- und Schulverwaltungen nutzten die Gelegenheit zum Berufe übergreifenden Dialog.

Wolfgang Vaupel, Geschäftsführer der Medienberatung NRW, stellte die Initiative Bildungspartner NRW vor und betonte die Chancen für besseres und spannendes Lernen durch systematische lokale Kooperation von Bibliotheken und Schulen. Zentrales Anliegen der landesweiten Initiative ist die Verbesserung der Lese-, Informations- und Medienkompetenz junger Menschen in NRW.

Ministerin Sommer zeigte sich überzeugt, dass die nordrhein-westfälischen Schüler beim übernächsten PISA-Test 2009 deutlich besser abschneiden werden. Sie nannte Lesefähigkeit den Schlüssel zur Schatzkammer der Wissensgesellschaft. „Ich halte die Unterscheidung zwischen neuen und alten Medien nicht mehr für richtig", so Sommer.

Spontanen Szenenapplaus bekam Claus Hamacher für seine Rezitation des Anfangsgedichts aus „Herr der Ringe" zum Einstieg in seinen Vortrag. Er unterstrich das Interesse der Städte und Gemeinden an der Lesekompetenz ihrer Bürger, auch aus ökonomischen Gründen. Prof. Bettina Hurrelmann von der Universität Köln ging der Frage nach „Wie Kevin zum Leser werden könnte." Sie forderte vielfältige Leseanlässe in verschiedenen Medien und in allen Schulfächern, um leseferne Kinder und Jugendliche zu erreichen.

Grosses Echo fand die Aktion 2:42 Literatur-Tracks. Popmusiker lesen Sequenzen aus ihren Lieblingsromanen und stellen diese im Internet zum kostenlosen Download bereit. Damit spricht die Initiative Bildungspartner NRW vor allem bildungsferne Jugendliche an.

In 20 praxisorientierten Seminaren, Vorträgen und Präsentationen informierten sich die Teilnehmer über neue und kreative Ideen für Leseförderung und Medienbildung. Die Redaktion Bildung des WDR – Kooperationspartner des Kongresses – stellte die neue Produktion „SOS - Wer hilft den Speedonauten" zur Förderung der Lese- und Schreibkompetenz vor.

Demnächst wird eine Tagungsdokumentation mit Videosequenzen aller Impulsvorträge aus dem Plenum unter www.bildungspartner.nrw.de zum Download zur Verfügung stehen. Schon jetzt sind erste Fotos zum Kongress im Pressebereich der Website zu sehen.

Kontakt: Medienberatung NRW, Medienzentrum Rheinland, Bernd Baumgart, Tel. 02 11 / 89-21 478, baumgart@medienberatung.nrw.de

www.lvr.de, 17.11.2005

LVR Landesjugendamt

Jugendhilfe Report 4/05

„Kinder unter drei Jahren – Mythos oder Auftrag?"

Möglichst viele Betreuungsplätze um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern ist das eine, Bildungsqualität zu steigern, um Förderungsmöglichkeiten und Chancengerechtigkeit zu verbessern, ist das andere. Diese beiden Positionen sollten nicht miteinander verrechnet werden. Zugegeben, das Geld wird immer knapper und die Forderung nach Bürokratieabbau muss als probates Mittel akzeptiert werden. In der Abwägung sollten aber eher die für den Betrieb für Kindertageseinrichtungen relevanten Standards in den Bereichen Brand- und Hygieneschutz als diejenigen für Gruppengrößen und Qualifikation des Personals hinterfragt werden. Die Gewichtung, die Eltern und Bürgermeister aus meiner Sicht vornehmen sollten, dürfte nachvollziehbar sein. Wofür setzen Sie sich ein?

Michael Mertens
Leiter des Dez. „Schulen, Jugend" im LVR

Aus dem Inhalt von Heft 4/05:

Zum Schwerpunktthema:
- Bildung, Erziehung, Betreuung für Kinder unter drei
- Kindergarten für 2 bis 6jährige
- Tagesbetreuung – Haus für Kinder
- TAG und KICK
- Kindertagespflege

Außerdem im Heft: Neues aus dem Landesjugendamt, aus dem Landesjugendhilfeausschuss, zur Offenen Ganztagsschule im Primarbereich (Jugendhilfe: „Wir verändern die Schule und schaffen uns ab"; „Kinder brauchen mehr als Unterricht"), Infos und Praxisberichte rund um die Jugendhilfe (u.a. „Zusammenarbeit von Kita und Industrie"; „Grenzfall Jugendhilfe"; „Motivia – ein Hilfeprojekt für Schulverweigerer"; „ Gesundheitsförderung im sozialen Brennpunkt"), Rezensionen.

Kontakt: Christoph Gilles, Tel.: 0221/809-6253 christoph.gilles@lvr.de

Download unter: www.jugend.lvr.de (Publikationen)

Impressum

inform bietet fachliche Beiträge, redaktionelle Zusammenfassung von Gesetzesneuerungen, Runderlassen, Richtlinien, Rezensionen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

inform richtet sich an Fachkräfte, Träger, Verantwortliche von Jugendhilfe & Schule.

Redaktion: Alexander Mavroudis/alma, Hans Peter Schaefer/hps. – Kontakt: *alexander.mavroudis@lvr.de*

Fotos: Titelseite: Jugendhilfe Solingen; LAG Kunst & Medien NRW (S. 3, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 15, 18, 20, 23, 29, 32, 33, 34, 35, 36); hps (S. 10, 13, 21, 25, 26)

Textverarbeitung: Manuela Scholz

Gestaltung & Grafik: alma, hps

Herausgeber: Landschaftsverband Rheinland, Dez. 4 „Schulen und Jugend"/Landesjugendamt, 50663 Köln; www.lvr.de; Verantwortlich: Michael Mertens

inform ist kostenlos und erscheint in der Regel viermal jährlich. Bereits erschienene Ausgaben sind dokumentiert unter: www.lvr.de/jugend/publikationen.

Bezug: *brigitte.schweiger@lvr.de*